

Rundbrief

BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

2
2018



DIE LINKE.

INHALT

EDITORIAL	3
Julia Wiedemann	

100 JAHRE NOVEMBERREVOLUTION

»Nach langem Dulden zur Tat geschritten«	4
Ernst Meyer – ein vergessener Akteur der Novemberrevolution	
Florian Wilde	

Revolution als Realpolitik	9
Lebensmaxime des KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer (1887–1930)	
Rezension: Horst Helas	

AKTUELLES ZUM ANTIFASCHISMUS. THEORIE UND PRAXIS

Zwei Seiten einer Medaille	11
Warum der Ruf nach einer Verfassungsschutzüberwachung der AfD in die Irre geht	
Ulla Jelpke	

Insel in Sachsen?	13
Die Entwicklung rechter Netzwerke am Beispiel Leipzigs	
Juliane Nagel	

GESCHICHTLICHES. TEXTE UND REZENSIONEN

Arthur Stadthagen: Parlamentarier, Sozialdemokrat, Wegbereiter des Arbeitsrechts	16
Ehrung eines sozialdemokratischen Funktionärs und Bemerkungen zur »Sozialdemokraten-Ecke« in der »Gedenkstätte der Sozialisten« in Berlin-Friedrichsfelde.	
Holger Czitrich-Stahl, Rezension: Horst Helas	

Russische Faschisten im nazideutschen Exil (1933–1941)	17
(Teil 3 der Serie zu historischen Wurzeln des Faschismus in Ländern der ehemaligen SU)	
Karl-Heinz Gräfe	

Alternativen waren und sind möglich.	26
Günter Benser blickt auf »Die vertanen Chancen von Wende und Anschluss« zurück	
Rezension: Holger Czitrich-Stahl	

Erwin Lewin: KOCO TASHKO 1899–1984	28
Ein politisches Leben in Albanien. (Biografische Annäherung), Berlin 2015 Rezension: Rainer Holze	
NAZI-HASS ist mein Ansporn	30
Dr. Hans Erxleben (1946–2018) Über Hans Erxleben Ellen Brombacher	
Christian Jänicke/Benjamin Paul Siewert (Hrsg.): 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland.	32
Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung Rezension: Bernd Hüttner	

DIE LINKE.

Rundbrief ISSN 1864-3833

Der Rundbrief erscheint bei Bedarf, mindestens zweimal im Jahr, und wird herausgegeben von der AG Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE.
V.i.S.d.P. Julia Wiedemann

Adresse: Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030 24009-216
E-Mail: julia.wiedemann@die-linke.de

Gegenstand der Rundbriefe sind Analysen, Erfahrungen, Nachrichten, Rezensionen und Untersuchungen zum Thema Rechtsextremismus und rechter Zeitgeist. Damit soll die antifaschistische Arbeit demokratischer Organisationen und interessierter Personen unterstützt werden.
Der Rundbrief ist über die AG zu beziehen.
Zuschriften und Beiträge sind willkommen.

Titelbild: Bundesarchiv 146-1970-051-33
Redaktionsschluss: November 2018
Layout und Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

EDITORIAL

Zwei Dinge drängen sich für diesen »Rundbrief« auf.

Erstens geht es darum, wie viele andere Historiker auch an ein Jahrhunderereignis zu erinnern: Die Novemberrevolution in Deutschland.

Wie bei so vielen anderen Jubiläen auch wird der herausragende Stellenwert eines Jubiläums im Fluß der Geschichte erst richtig deutlich. Verpasste Chancen, die Bedeutung einzelner Personen, werden mit den Jahren deutlicher als es ursprünglich erahnt wurde.

Mit diesem Rundbrief haben wir uns deshalb darauf konzentriert, aus der Flut der Informationen über das Jahrhunderereignis Erkenntnisse über die historische Leistung eines zu Unrecht vergessenen Vorsitzenden der KPD zugänglicher zu machen.

Florian Wilde hat eine Biografie über Ernst Meyer (1887–1930) vorgelegt, die aus verschiedenen Gründen für »linke Gescichtsschreibung« (was immer man darunter verstehen mag) beispielgebend ist. Erst einmal erfährt man viel Neues.

In der so genannten sozialistischen Geschichtsschreibung wurde um den »Neuwert« von Forschungen ein regelrechter Kult betrieben, ohne diesem Anspruch wirklich immer gerecht zu werden. Aber eigentlich war und ist dieser Anspruch an Geschichtsschreibung richtig.

Florian Wilde beschreibt am Lebensweg Ernst Meyers, warum jemand Kommunist wurde und seiner Gesinnung treu blieb, relativ unabhängig davon wie sich die äußere

politische Situation ändern mochte und auch relativ ungeachtet des sich oft jäh wandelnden Umgangs der »eigenen« Partei mit ihren wichtigsten Funktionären.

Hier wird ein ganzes noch wenig erschlossenes Feld von Parteigeschichtsschreibung an einer Biografie beispielhaft erschlossen. Man fühlt sich darin bestärkt, einmal mehr die verlogene Behauptung, nicht der Mensch zähle, nur »die Sache«, lauthals und ständig über Bord zu werfen. Ebenso die untauglichen Erklärungsversuche, immer alles in größerem Zusammenhang zu betrachten weil nur so offensichtliche eigene Irrtümer gerechtfertigt werden können.

Zweitens. Läßt man allein die Vielzahl der jähren Wendungen der politischen Geschichte der vergangenen einhundert Jahre an sich vorüberziehen, spürt man besonders deutlich, wie sich manchmal das politische Geschehen überschlägt. Nicht nur in den Jahren der Novemberrevolution in Deutschland war das so, auch in diesen Tagen kann man das erleben. Manche Beiträge in diesem Heft des Rundbriefes liefern dafür Beispiele. Und sind deshalb vielleicht besonders interessant. Und regen vielleicht deshalb auch dazu an, sich in der täglichen politischen Arbeit ermutigt zu fühlen und schließlich gar selbst Autor unseres Organs des Meinungsaustauschs zu werden: Eine Aufforderung an unsere Leser!

Julia Wiedemann,
Sprecherin der BAG Antifaschismus
der Partei DIE LINKE

100 JAHRE NOVEMBERREVOLUTION

»Nach langem Dulden zur Tat geschritten«

Ernst Meyer – ein vergessener Akteur der Novemberrevolution.

Riesige, teilweise bewaffnete Demonstrationzüge unter roten Fahnen zogen am Morgen des 9. November 1918 aus den proletarischen Außenvierteln ins Stadtzentrum Berlins. Aus den meisten Kasernen, an denen sie vorbeizogen, schlossen sich ihnen Soldaten an. Nur vereinzelt kam es zu Blutvergießen. Mittags erreichten die immer mehr anschwellenden Demonstrationen das Zentrum. Das Polizeipräsidium wurde gestürmt und die Polizisten entwaffnet. In den frühen Nachmittagsstunden brach der Widerstand einzelner Offiziere, die sich in der Universität und in der Staatsbibliothek verschanzt hatten, zusammen. Die Bewegung, die wenige Tage zuvor mit dem Aufstand der Matrosen in Kiel begonnen und sich rasend schnell über das ganze Reich ausgebreitet hatte, hatte nun auch die Hauptstadt erreicht und auch hier in wenigen Stunden die jahrhundertealte Monarchie hinweggefegt. Zwei Tage später beendete ein Waffenstillstand das vierjährige Massenmorden des Ersten Weltkriegs.

Zehntausende waren damals an der Revolution beteiligt. Die allermeisten von ihnen sind vergessen, darunter auch wichtige Akteure der Novembertage. Ein solcher soll in diesem Text vorgestellt werden: Der Spartakus- und KPD-Gründer und spätere KPD-Parteivorsitzende Ernst Meyer (1887–1930) Leiter der Spartakusgruppe 1918.

In der Folge einer erneuten Verhaftung von Leo Jogiches lag die Leitung der Spartakusgruppe und die Herausgabe ihrer illegalen Materialien bis zur Haftentlassung von Liebknecht und anderen kurz vor Ausbruch des Novemberrevolution seit dem Frühjahr wieder in den Händen Meyers. Wilhelm Pieck, mit dem Meyer damals eng zusammenarbeitete, erinnert sich an diese Zeit: »Da fast alle führenden Genossen der Spartakusbewegung in den Kerkern saßen, [...] oblag dem Genossen Ernst Meyer die Führung der gesamten Spartakuspropaganda, die im letzten Kriegsjahre in stärkster Weise auf die Organisation revolutionärer Kämpfe und der Beendigung des Krieges durch den Bürgerkrieg eingestellt war.«

Meyer selbst schrieb später: »Die Herausgeber arbeiteten vollständig illegal, wurden Stunde für Stunde bespit-

zelt und mussten sich jede Minute auf eine Verhaftung gefasst machen. [...] Zuweilen war Leo Jogiches Verfasser, Herausgeber und Bote in einer Person. Nach seiner Verhaftung im Frühjahr 1918 übernahm wiederum ich die Zusammenstellung, Herausgabe und Verbreitung [...]. Die Verbreitung geschah durch Hunderte von Freiwilligen, die mit beispiellosem Opfermut und freudiger Hingabe die Briefe in Tausenden von Exemplaren in die Betriebe, in die Arbeiterorganisationen und sogar in die Schützengräben brachten. Besonders viel leisteten dabei die Jugendlichen und die Frauen. Es wurde so kräftig zugemittelt, dass die von uns vorgesehenen Auflagen häufig nicht ausreichten [...]. Auf Herstellung und Verbreitung standen hohe Strafen. Zuletzt verhängten die Gerichte Zuchthausstrafen.« Da die Mehrzahl meiner Freunde noch immer im Zuchthaus oder in Schutzhaft sitzt und Genosse Mehrung zur Erholung im Harz weilt, unterzeichne ich diesen Brief allein mit nochmaligen herzlichen Wünschen für ihre baldige Wiederherstellung.

Meyer in der Novemberrevolution

Mit der Haftentlassung Liebknechts und der Rückkehr Piecks von der Front im Oktober 1918 und dann der Entlassung Luxemburgs aus dem Gefängnis rückte Meyer wieder stärker in den Hintergrund, übernahm aber sowohl in der Zeit unmittelbar vor Ausbruch der Revolution als auch während und nach der Revolution weiterhin wichtige Leitungsaufgaben. In die unmittelbare Vorbereitung der Revolution war Meyer intensiv involviert. Bereits am 26. Oktober 1918 war er – zusammen mit Liebknecht und Pieck – in den Vollzugsausschuss der Berliner Revolutionären Obleute eingetreten. In diesem kamen Vertreter der Spartakusgruppe und der USPD mit den Führern der Revolutionären Obleute zusammen. In den Wochen vor dem 9. November war der Vollzugsausschuss das zentrale Gremium zur Vorbereitung der Revolution. Die Zusammenarbeit mit den Obleuten war für die Spartakusgruppe von höchster strategischer Priorität, gerade auch in Anbetracht ihrer eigenen Schwäche. Sie waren für die Spartakisten der notwendige Hebel,

um eine revolutionäre Entwicklung in der Hauptstadt in Gang setzen zu können. Außerdem lag der Eintritt der Spartakisten in den Vollzugsausschuss auf der Linie ihres auf der Oktoberkonferenz der Gruppe gefällten Beschlusses, »die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sofort in allen Orten in Angriff zu nehmen, soweit solche Räte bisher nicht in Funktion getreten sind«. Die in Berlin einem Arbeiterrat am nächsten kommende Struktur bildeten die Revolutionären Obleute. Am Vormittag des 2. November legten Obleute und Spartakisten in einer Neuköllner Wirtschaft schließlich den Aufstandsplan für Berlin fest: Von den Großbetrieben am Stadtrand aus sollten bewaffnete Demonstrationzüge zu den Kasernen ziehen und von dort aus – gemeinsam mit überlaufenden Soldaten und mit weiteren Waffen ausgestattet – die Machtzentren in der Innenstadt besetzen. Als Datum des Aufstandes wurde der 4. November festgelegt. Bei einer Aussprache, die Liebknecht, Pieck und Meyer mit anderen Genossen anschließend hatten, wurde der Plan, mit einem Aufstand zu beginnen, kritisiert. Statt dessen solle am Anfang ein Generalstreik stehen, der dann bis zum Aufstand gesteigert werden solle. Noch am Abend des 2. November kam der Vollzugsausschuss zu einem weiteren Treffen zusammen. Liebknecht, Meyer und Pieck kämpften für ein Festhalten an dem des am Vormittag gefällten Beschlusses, den Beginn der Aktionen auf den 4. November zu legen. Einigen der Obleute v.a. aus den kleineren Betrieben (sie vertraten immerhin 48.000 Kollegen) waren aber Bedenken über die tatsächliche Revolutionsbereitschaft der Massen gekommen. Nach endlosen Debatten wurde morgens um 3 Uhr mit knapper Mehrheit (22:19) der geplante Aufstandstermin auf den 11. November verschoben und ein von Ledebour verfasster Revolutionsaufruf verworfen. Während in Berlin die beiden wichtigsten Formationen der revolutionären Linken – Spartakusgruppe und Revolutionäre Obleute – noch um den Revolutionstermin rangen, brach unabhängig von ihnen die Revolution in anderen Teilen des Reiches aus. Nur in Berlin blieb es merkwürdig ruhig, die alten Autoritäten fühlten sich sogar stark genug, noch am 7. November eine Versammlung zur Feier des Jahrestages der Russischen Revolution zu sprengen. Starke Militärpräsenz prägte das Berliner Straßenbild am folgenden Tag. Hinter den Kulissen drängten die Spartakus-Vertreter in den jetzt fast täglich stattfindenden Geheimsitzungen mit den Revolutionären Obleuten diese verzweifelt, den Aufstandstermin vorzuverlegen. Liebknecht notier-

te: »Allen Forderungen auf Beschleunigung der Aktion wird seit dem 3. November von Däumig, Barth, Müller usw. stereotyp entgegnet: Jetzt sei alles auf den 11. November vorbereitet, es sei technisch unmöglich, die Revolution früher zu machen! Alle Proteste L.[iebknecht]s gegen diese grob-mechanische Auffassung prallten ab, bis die objektiven Verhältnisse die superklugen Revolutionsfabrikanten überrannten.«

Erst als sich die Revolution bereits im ganzen Reich ausgebreitet hatte, gaben die Obleute dem Drängen der Spartakisten nach. In eine gemeinsame Sitzung des Vollzugsausschusses der Obleute mit dem USPD-Vorstand im Fraktionszimmer der USPD im Reichstag, an der Meyer, nicht aber Liebknecht, teilnahm, platzte am 8. November die Nachricht, Däumig, einer der Führer der Obleute, der die Aufstandspläne bei sich trug, sei verhaftet worden. Mit einer umfassenden Verhaftungswelle war zu rechnen. Nun musste augenblicklich gehandelt werden. Einstimmig wurde beschlossen, die Berliner Arbeiterschaft für den Morgen des 9. November zum Losschlagen aufzufordern. Vom Vollzugsrat erschien ein kurzer Aufruf, der »die sozialistische Republik mit allen ihren Konsequenzen« forderte, ohne allerdings die nächsten Schritte auf dem Weg dorthin oder auch die Ausgestaltung dieser Republik näher zu benennen. Noch am gleichen Tag erschien ein von Liebknecht und Meyer unterzeichneter Aufruf: »Arbeiter und Soldaten! Nun ist eure Stunde gekommen. Nun seid ihr nach langem Dulden und stillen Tagen zur Tat geschritten. Es ist nicht zuviel gesagt: In diesen Stunden blickt die Welt auf euch und haltet ihr das Schicksal der Welt in euren Händen. [...] Jetzt, da die Stunde des Handelns gekommen ist, darf es kein Zurück mehr geben. Die gleichen ›Sozialisten‹, die vier Jahre lang der Regierung Zuhälterdienste geleistet haben [...], setzen jetzt alles daran, um euren Kampf zu schwächen, um die Bewegung abzuwiegeln. [...] Von der Zähigkeit und dem Erfolg eures Kampfes [...] hängt der Erfolg des Proletariats der ganzen Welt ab. Soldaten! Handelt wie eure Kameraden von der Flotte, vereinigt euch mit euren Brüdern im Arbeitskittel. Lasst euch nicht gegen eure Brüder gebrauchen, folgt nicht den Befehlen der Offiziere, schießt nicht auf die Freiheitskämpfer.«

Am 9. November selbst war Ernst Meyer unermüdlich im Einsatz und an den verschiedensten Schauplätzen der Revolution in Berlin präsent. Bereits am frühen Morgen des 9. November nahm er in der Mühlenstrasse in Schöneberg an einer Besprechung des Vollzugsausschusses teil. Von dort aus eilten Liebknecht, Meyer

und Hermann Duncker in die Innenstadt und sprachen von Autodächern aus zu den Massen.

Gemeinsam mit Paul Levi und Käte Duncker beteiligte sich Meyer gegen 13 Uhr an der Befreiung von inhaftierten politischen Gefangenen, unter ihnen Leo Jogiches, aus dem Gefängnis Berlin-Moabit durch bewaffnete Arbeiter und Soldaten. Anschließend eröffnete er die nach der Ausweisung des russischen Botschafters am 5. November geschlossene sowjetische Telegrafagentur ROSTA neu. Über diesen Vorgang schrieb er später: *»Am 9. November ging ich nachmittags, ehe ich die Redaktion der ›Roten Fahne‹ [...] übernahm, in das Polizeibüro in der Wilhelmstrasse, wo die Schlüssel zur Rosta aufbewahrt wurden. Ich entfernte die noch vorhandenen Polizeisiegel an den Türen der Rosta und begann sofort wieder die Übermittlung von Nachrichten an die Presse. Eines der ersten Dokumente war der deutsch-japanische Geheimvertrag, den mir Joffe am Tage vor seiner Ausweisung zwecks Publikation übergeben hatte.«* Währenddessen wurde unter der Leitung Hermann Duncckers der »Berliner Lokal-Anzeiger«, ein zum Hugenberg-Konzern gehörendes, politisch weit rechtsstehendes Blatt, von einem Trupp revolutionärer Arbeiter und Soldaten besetzt. Duncker erinnert sich: *»Ich hatte von der Druckerei aus sofort mir telefonisch erreichbare Freunde aus der Spartakusleitung herbeigerufen. Dr. Ernst Meyer kam als erster und übernahm die Redaktion.«* Erstmals seit seiner Entlassung aus der Vorwärts-Redaktion konnte Meyer nun wieder legal in seinem Beruf als Redakteur arbeiten. Die neue Zeitung erschien am Sonntag, den 10. November in einer Auflage von 15.000 Stück und wurde auch an alle Abonnenten des »Lokalanzeigers«, darunter verschiedene Frontgarnisonen, verschickt. Sie machte auf mit einem Aufruf des Vollzugsrates zur Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten, die sich am kommenden Tag im Zirkus Busch zur Wahl einer provisorischen Regierung versammeln sollten. Neben verschiedenen Meldungen findet sich auch ein redaktioneller Beitrag auf der Titelseite, der die Ausrichtung der Spartakusgruppe unterstrich: *»Diese Revolution muss nicht nur hinwegschwemmen alle Reste und Ruinen des Feudalismus, sie muss nicht nur brechen alle Zwingburgen des Junkertums, [...] ihre Losung heißt nicht nur Republik, sondern sozialistische Republik! [...] Aus den Trümmern und dem Schutt des Weltkrieges muss das revolutionäre, siegreiche Proletariat die neue Wirtschaft errichten. Dazu bedarf es der politischen Macht und der wirtschaftlichen Kräfte. [...] Arbeiter und Soldaten! Organisiert euch, befestigt eure Macht! Behaltet eure Waffen!«* Immer wie-

der warnte die Zeitung ihre Leser, sich nicht vorschnell des Sieges zu freuen, und rief sie auf, wachsam und misstrauisch zu sein: *»Arbeiter, Soldaten, bleibt auf der Hut!«* Weitere Artikel zählten die nächsten notwendigen Schritte zur Befestigung der Rätemacht auf und griffen die SPD scharf an: *»Vier lange Jahre lang haben die Scheidemänner, die Regierungssozialisten euch durch die Schrecken eines Krieges gejagt, haben euch gesagt, man müsse ›das Vaterland‹ verteidigen, wo es sich nur um die nackten Raubinteressen des Imperialismus handelte: jetzt, wo der deutsche Imperialismus zusammengebrochen ist, suchen sie für die Bourgeoisie zu retten, was noch zu retten ist und suchen, die revolutionären Energien der Massen zu ersticken.«*

Welchen Weg Deutschland künftig gehen würde, war aber in den Wochen nach dem 9. November offen. Ob sich eine bürgerliche »Republik Deutschland« oder die »freie sozialistische Republik« durchsetzen würden, noch nicht eindeutig absehbar.

Bereits am 10. November, einem Sonntag, versammelten sich ab 17.00 die in den Morgenstunden des selben Tages in den Betrieben und Kasernen gewählten Delegierten zu einer Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch. Pathetisch titelte der Vorwärts an diesem Tag: *»Kein Bruderkampf!«*. Mit dieser die Stimmung der Massen treffenden Parole sollte jede Kritik an der Politik der SPD in den vergangenen vier Jahren abgewehrt und somit radikaler Agitation im Namen der »Einheit« entgegengewirkt werden. Spartakus stellte nur wenige der ca. 3.000 Delegierten, weder Rosa Luxemburg noch Karl Liebknecht hatten ein Mandat erhalten. Ernst Meyer nahm an der Versammlung teil, wahrscheinlich aber auch nur als Beobachter. Die Vollversammlung beschloss, die Regierungsgewalt einem »Rat der Volksbeauftragten« zu übertragen, der aus je drei SPD- und drei USPD-Mitgliedern bestand. Weiterhin erklärte die Vollversammlung Deutschland zur sozialistischen Republik, in der die Arbeiter- und Soldatenräte die Träger der politischen Macht waren. Noch am Abend des selben Tages kam die Spartakusführung (einschließlich der aus dem Gefängnis entlassenen Rosa Luxemburg, die gegen 22 Uhr Berlin erreichte) in den Räumen des besetzten »Berliner Lokal-Anzeigers« zusammen. Trotz der Freude, dass sie nun endlich wieder alle beisammen waren, herrschte eine sehr nachdenkliche Stimmung. Auch wenn die Revolution vorerst erfolgreich gewesen war: Sie fürchteten, dass die Konterrevolution keineswegs besiegt war, und ihnen war bewusst,

dass der Spartakusgruppe »die Massenorganisation, mit der sie nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich ihre Aufgabe hätte erfüllen können«, fehlte. Am 11. November kamen Vertreter der Spartakusgruppe zu ersten legalen Konferenz ihrer Geschichte im Hotel Excelsior am Anhalter Bahnhof zusammen. Luxemburg, Liebknecht, Levi und Meyer hatten hier vorübergehend Quartier genommen. Die Konferenz beschloss, die Spartakusanhänger fester zusammenzufassen und die Gruppe in »Spartakusbund« umzubenennen. Eine Mehrheit der Anwesenden sprach sich dafür aus, vorerst weiter in den Reihen der USPD zu wirken, um die sich an ihr orientierenden Arbeitermassen besser erreichen zu können. Der Spartakusbund solle aber in der USPD als geschlossene Propagandavereinigung auftreten und auch eigene Mitgliedskarten ausgeben. Als nächste Aufgaben wurden die Herausgabe einer Tageszeitung, einer wissenschaftlichen Wochenzeitung, einer Jugendzeitung, einer Frauenzeitung und eines Blattes für Soldaten festgelegt. Der Spartakusbund wählte sich eine dreizehköpfige Zentrale, der Willi Budich, Hermann und Käte Duncker, Hugo Eberlein, Leo Jogiches, Paul Lange, Paul Levi, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck und August Thalheimer angehörten.

Luxemburg und Liebknecht sollten künftig die Redaktion der »Roten Fahne« leiten, Meyer als ihr Vertreter in der Redaktion arbeiten. Allerdings kam dem Spartakusbund am Tage seiner Gründung sein Zentralorgan vorerst abhanden. Daran erinnert sich die Spartakus-Anhängerin Lotte Pulewka: »An diesem Tag bemerkte ich, dass das Gebäude des Lokal-Anzeigers nicht wie sonst von Soldaten des Arbeiter- und Soldatenrates bewacht war. Ich ging eine alte Wendeltreppe hinauf über einen Korridor, machte vorsichtig die Tür zum Konferenzsaal auf, und schon hatte mich jemand von innen bei der Hand gepackt und in den Saal gezerrt. Dieser Konferenzsaal war fast völlig von einem großen ovalen Tisch und den dazugehörigen Stühlen ausgefüllt. [...] Im Saal war ein furchtbarer Lärm, alle Anwesenden schrien durcheinander. Ich sah auch unsere Genossen bei einander stehen: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht (er war blaß, hager, übermüdet), Käte und Hermann Duncker, Dr. Ernst Meyer, Lotte Haenschel und andere. Außer ihnen waren im Saal einige vornehm gekleidete, gut genährte Herren und unsere Wache, die völlig betrunken war. Mit Hilfe von Ernst Meyer stieg eine kleine, zarte Frau auf den Tisch, sie hatte ein liebes, kluges Gesicht. Ich war erschüttert: Zum ersten Mal sah ich Rosa Luxemburg. [...] Sie sagte:

»[...] Ich empfehle, dass wir eine Kommission bilden, der ein Mitglied der alten Redaktion, eins der neuen und ein Mann von der Wache angehören. Sie sollen zum Reichstag gehen, dort Klarheit schaffen und dann Bericht erstatten.« Einer der Soldaten ergriff die Initiative, stimmte Rosa Luxemburg zu und sagte zu Ernst Meyer: »Du fährst mit und die anderen Genossen von der »Roten Fahne« werden so lange eingesperrt und bewacht.«

Diese Episode wirft ein bezeichnendes Bild auf die Deutsche Revolution und auf die Schwäche des Spartakusbundes: Am Tag drei der Revolution kann ein politisch rechtsstehender Verleger mit Hilfe eigentlich »revolutionärer« Soldaten die bekanntesten radikalen Revolutionäre kurzerhand festsetzen und ihnen das requirierte Haus des Scherl-Verlages abnehmen. Der Vollzugsrat der Berliner A.- und S.-Räte stellte sich zwar auf die Seite der Spartakisten und beschloss am 12. November: »Dem Scherl-Verlag wird vom Vollzugsrat des A.-u. S.-Rates die Verpflichtung auferlegt, die täglich erscheinende Zeitung »Die Rote Fahne« unter der Redaktion von Frau R. Luxemburg (Vertreter [Ernst] Meyer) zu drucken und die für die Herstellung und Verbreitung erforderlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.« Der Verlag weigerte sich aber, der Anordnung Folge zu leisten, und organisierte sich die Unterstützung der Regierung Ebert. Die »Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger«, der der Scherl-Verlag angehörte, wandte sich protestierend an den Reichskanzler Ebert und drohte, die Verlage würden ihr Vertrauen in die Regierung verlieren, wenn diese nicht sofort in ihrem Interesse handle. Darauf wurde der Befehl zurückgezogen. Es sollte eine Woche vergehen, bis der Spartakusbund endlich eine regelmäßige Tageszeitung herausbringen konnte. Die Redaktion fand schließlich Unterschlupf in den Räumen des Zentralbüros des Spartakusbundes, einer siebenräumigen Etage in der Wilhelmstr. 114. Diese erwies sich jedoch bald als zu klein, weswegen das Zentralbüro in die Friedrichstr. 217 – den von Meyer angemieteten früheren Sitz der ROSTA – verlegt wurde. Die Redaktion blieb in der Wilhelmstr., außerdem wurden für sie zusätzlich Räume im Hotel »Askanischer Hof« in der Anhalter Str. gemietet. Die Aufgaben des Spartakusbundes in den Wochen nach der Novemberrevolution beschrieb Meyer später folgendermaßen:

»Der Sturz der Monarchie in Deutschland gab dem Spartakusbund die breitesten Entfaltungsmöglichkeiten. Er setzte der bereits am 9. November von Ebert ausgegebenen Aufforderung der Ablieferung der Waffen die Parole der Bewaffnung des Proletariats und der Entwaffnung der

Bourgeoisie entgegen. Er kritisierte auf Schritt und Tritt die Unzulänglichkeiten der deutschen Revolution, die Schwankungen der Unabhängigen und das immer deutlicher werdende Bündnis zwischen der SPD und der bewaffneten Gegenrevolution. Er begann gleichzeitig einen eigenen legalen Parteiapparat aufzubauen und arbeitete unermüdlich an der ideologischen Aufklärung der Arbeiter, besonders durch die anfangs im von revolutionären Arbeitern besetzten Berliner ›Lokalanzeiger‹ herausgegebene ›Rote Fahne‹. Gleichzeitig entstanden in der Provinz eine Reihe von kommunistischen Tageszeitungen, ebenfalls meist in gewaltsam besetzten bürgerlichen Druckereien. Aber dem starken Einfluss des Spartakusbundes in den Kämpfen des Winters 1918/19 entsprach nicht sein schwacher organisatorischer Apparat.« Und an anderer Stelle: »Der Spartakusbund stellte sich zur Aufgabe, die in den Novembertagen spontan entstandenen Arbeiter- und Soldatenräte zu festigen und sie zu leitenden Organen des Staatsapparates zu gestalten, das Proletariat zu bewaffnen, die Bourgeoisie zu entwaffnen und die proletarische Revolution durch die Diktatur des Proletariats zu vollenden.«

Bereits im Dezember kam es zu massiven Spannungen zwischen den Spartakus-Anhängern, die v. a. unter der Parole »Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten« auf eine Fortführung der Revolution drängten, und der sich immer enger mit dem alten Militär verbündenden SPD, die eben dies verhindern wollte. Wiederholt schlug dieser Konflikt in große Demonstrationen und gewalttätige Zusammenstöße um. Meyer dürfte an den meisten der Demonstrationen im Dezember 1918 teilgenommen, auf einigen geredet und viele von ihnen in der Spartakuszentrale mit geplant haben. Eine genaue Rekonstruktion seines Anteils daran lassen fehlende Quellen allerdings leider nicht zu. Auf den zahlreichen

öffentlichen Diskussionsveranstaltungen des Spartakusbundes in Berlin im November und Dezember 1918 trat Meyer nicht als Referent in Erscheinung. In den Wochen nach der Novemberrevolution

hatte er die Herausgabe von Lenins Standartwerk »Staat und Revolution« redigiert. Weiterhin war er als Verantwortlicher der Zentrale für den Pressedienst an den Versuchen beteiligt, kommunistische Zeitungen in der Provinz aufzubauen.

Außerdem besuchte Meyer im Dezember Spartakus-Gruppen außerhalb Berlins, referierte in Danzig und agitierte vermutlich auch in Ostpreußen. Am 24. Dezember beschlossen zudem die sich jetzt Internationale Kommunisten Deutschlands (IKD) nennenden Linksradikalen aus Bremen, Hamburg und anderen Städten ihren Anschluss an den Spartakusbund.

Dessen Reichskonferenz, auf der zum Jahreswechsel 1918/19 die Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gegründet wurde, sollte eine vierjährige Entwicklung zum Abschluss bringen, an deren Anfang eine Besprechung in Luxemburgs Wohnung stand und in deren Verlauf sich aus den Linksradikalen der Vorkriegs-SPD eine eigenständige kommunistische Strömung herausbildete, eine Entwicklung, an der Meyer einen zentralen Anteil hatte.

Dr. Florian Wilde,

ist Historiker und linker Aktivist. Er arbeitet als wissenschaftlicher Referent im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sein Buch »Revolution als Realpolitik. Ernst Meyer (1887-1930) – Biographie eines KPD-Vorsitzenden« ist im Frühjahr 2018 erschienen. Er betreibt den Blog <http://wildetexte.blogspot.eu>

Revolution als Realpolitik.

Lebensmaxime des KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer (1887–1930).

Am Anfang will ich neidisch bekennen: Dese Buch hätte ich gern selbst geschrieben! Gleich der zweite Gedanke: Gut, dass ich mir eine derartige Fleißarbeit nicht zugemutet habe. Die Gefahr des Scheiterns liegt so nahe! Ganz abgesehen, dass es geduldiger Freunde bedarf (und gutwilliger Doktorväter), um ein solches Projekt erfolgreich bewältigen zu können.

Also uneingeschränktes Lob und Respekt! Und diesmal die Empfehlung, das Buch zu lesen und zu versuchen, ein Exemplar zu besitzen.

Ernst Meyers politischer Werdegang ist geeignet eine zwar zahlenmäßig kleine, aber bemerkenswerte Gruppe von Menschen zu charakterisieren, die sich selbstlos und unbeirrt auf die Seite der Arbeiter stellte. Karl Marx und Friedrich Engels waren die ersten namhaften Vertreter solcher Biografien, August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und andere folgten ihnen nach.

Zu Beginn der Novemberrevolution war Ernst Meyer knapp über 30 Jahre alt. 1910 hatte er in Königsberg promoviert. Wie nicht wenige andere junge Akademiker stimmte er aus Überzeugung sozialistischen Ideen zu. Er sympathisierte offen mit den Bestrebungen der Arbeiterbewegung und nahm für seine berufliche Laufbahn Berufsverbot und andere Mißlichkeiten in Kauf. Der sozialdemokratische Politiker Hugo Haase wurde sein Mentor. Mit 21 Jahren trat Ernst Meyer der SPD bei. Seit 1908 war er fast ununterbrochen für seine Partei tätig.

Die Bewilligung der Kriegskredite 1914 auch durch die sozialdemokratische Fraktion im Deutschen Reichstag kritisierte er scharf. Folgerichtig und bewußt engagierte sich Ernst Meyer deshalb bei der Gründung der Spartakusgruppe sowie der Organisierung der linken Sozialdemokraten. Er war Delegierter der internationalen Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal.

Ernst Meyer erwarb rasch das Vertrauen angesehener linker deutscher Sozialdemokraten wie Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Wilhelm Pieck und anderer. Er vertrat zuverlässig linke Positionen, auf sein organisatorisches Geschick war Verlaß.

Vor wie während der Novemberrevolution wirkte Ernst Meyer an herausragene Stelle im Führungszirkel der Spartakusgruppe wie dann seit Ende 1918 bei der Gründung der KPD.

Florian Wilde schildert in seinem Buch die große persönliche politische Anspannung der führenden linken Sozialdemokraten, die in den Revolutionstagen unermüdet im Einsatz waren. Die Anstrengungen begannen bei der permanent notwendigen Überzeugungsarbeit von Mitstreitern und Sympathisanten für vielfältige rasch wechselnde politische Standpunkte, die so viel Kraft kostete. Größte Aufmerksamkeit erforderte zugleich die Beachtung der Prinzipien revolutionärer Wachsemkeit gegenüber konterrevolutionären Kräften, die mit der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts zu triumphieren glaubten.

Mit der politischen Biografie Ernst Meyers wird für die Zeit von der Novemberrevolution bis 1930 gezeigt, wie sich die junge Partei KPD behauptete, viele neue Mitkämpfer rekrutieren konnte und an Einfluß gewann. Und wem sie dies alles wesentlich mit zu verdanken hatte, der unermüdeten Tätigkeit ihrer Funktionäre. An den Arbeitsetappen Ernst Meyers, ob in gewählter Funktion oder ohne, wird eine ganze Generation politischer Akteure an der Spitze der KPD gekennzeichnet und gewürdigt. Ohne Schönfärberei zu betreiben entsteht ein differenziertes soziales Gruppenporträt.

Sympathisch an der Biografie über Ernst Meyer ist auch, es ist ein Buch über den Menschen Ernst Meyer.

Den drei Söhnen war er ein aufmerksamer Vater. Seine zweite Ehefrau Rosa Meyer-Lewiné hatte in ihm einen einfühlsamen Gatten und beide verband auch die politische Überzeugung.

Revolution oder Realpolitik, Florian Wilde hat mit diesem Wortpaar im Titel seines Buches einen treffenden Wirkungsrahmen der gesellschaftlichen Zustände bezeichnet. Er hat auch das Tätigkeitsfeld dieses KPD-Spitzenfunktionärs bestimmt.

Zu den bemerkenswerten Seiten dieser politischen Biografie gehört, sie versucht gar nicht erst schlüssige, gar endgültige Antworten zu geben.

Dr. Horst Helas

Zwei Seiten einer Medaille

Warum der Ruf nach einer Verfassungsschutzüberwachung der AfD in die Irre geht

In Chemnitz ließ die AfD im August alle bestehenden Berührungspunkte mit der extremen Rechten fallen. Seite an Seite marschierten ihre Funktionäre und Mandatsträger mit Pegida, den Neonazis von NPD und III. Weg, rechten Hooligans und vorbestraften Rechtsterroristen. 57 Prozent der Bundesbürger sprachen sich Anfang September für eine Überwachung der rechten Partei durch den Verfassungsschutz aus. Bis zur Jahreswende soll über die bundesweite Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz entschieden werden, erklärte der Vizepräsident der Behörde Thomas Haldenwang im Innenausschuss des Bundestages. 13 von 16 Landesämtern des Inlandsgeheimdienstes haben bereits Dossiers mit belastendem Material über die AfD abgeliefert, bei drei Ländern – darunter Sachsen – steht dies noch aus. Ob es tatsächlich zu einer bundesweiten Beobachtung kommt, ist derweil noch völlig offen. Zudem stellt sich die Frage, ob eine solche Beobachtung tatsächlich der richtige Schritt zur Eindämmung der immer offener rechts-extrem agierenden Partei darstellt. Der auf den ersten Blick nachvollziehbare Wunsch vieler Bürger, die AfD vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen, erscheint auf den ersten Blick nachvollziehbar. Allerdings kontrastiert er auf markante Weise mit der tatsächlichen Rolle des Inlandsgeheimdienstes gegenüber der extremen Rechten in den letzten Jahrzehnten. Schließlich zeigt die Erfahrung der letzten Jahrzehnte, dass der Inlandsgeheimdienst die extreme Rechte immer wieder gestärkt hat, statt sie einzudämmen. Genannt werden können hier die Gründungsgeschichte des Geheimdienstes, sein Verhältnis zu Neonazis und rechten Terrorzellen, das V-Leute-Unwesen aber auch ganz konkret das Agieren seines letzten Leiters Hans-Georg Maaßen gegenüber der AfD und seine Reaktionen auf die Chemnitzer Ereignisse. Die engen Kontakte des Verfassungsschutzes zu Neofaschisten ergeben sich schon aus der Geschichte dieses Geheimdienstes. Im April 1949 gestanden die Westalliierten der Bundesregierung zu, »eine Stelle zur Sammlung und Verbreitung von Auskünften über umstürzlerische, gegen die Bundesregierung gerichtete Tätigkeiten einzurichten«. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges

war mit einer »umstürzlerischen« Tätigkeit vor allem das Wirken der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gemeint. Bei vielen Mitarbeitern des im September 1950 gebildeten Bundesamtes für Verfassungsschutz handelte es sich um bereits unter dem Hitlerfaschismus erprobte Antikommunisten aus dem Sicherheitsdienst SD, der Gestapo und SS. Mit Hubert Schrübbers (CDU) wurde 1955 ein ehemaliger SA-Mann Präsident des Bundesamtes. Unter Schrübbers, der als ehemaliger NS-Staatsanwalt aufgrund seiner früheren Urteile gegen politisch und rassistisch Verfolgte erst 1972 in den Ruhestand versetzt wurde, stiegen zahlreiche Altnazis in hohe Positionen des Geheimdienstes auf. Auf ihre Erfahrungen im Kampf gegen den Kommunismus wollte die Bundesregierung nicht verzichten. Der Feind steht links! – Dieses Credo teilten die stramm antikommunistisch eingestellten Geheimdienstmitarbeiter mit Nazivergangenheit, die im Verfassungsschutz den »Marsch durch die Institutionen« angetreten hatten, mit ihren alten Kriegskameraden, die 1964 die NPD als legale faschistische Partei gründeten. Schon bei den ersten V-Leuten des Verfassungsschutzes innerhalb der NPD dürfte es sich so weniger um eingeschleuste Spitzel gehandelt haben als vielmehr um Gesinnungsfreunde, denen die Verfassungsschützer auch finanziell wohlwollend unter die Arme griffen. Das erste NPD-Verbotsverfahren scheiterte bekanntlich 2003 vor dem Bundesverfassungsgericht an der Durchsetzung der NPD-Gremien mit V-Leuten der Verfassungsschutzämter. Ganze Landesverbände wie in Nordrheinwestfalen wurden praktisch von V-Leuten – häufig sogar mit Wissen anderer NPD-Funktionäre – aufgebaut oder geleitet. Die Karlsruher Richter attestierten der Partei so eine »fehlende Staatsferne«, es sei nicht zu unterscheiden, welche verfassungswidrige Position erst durch V-Leute von außen in die Partei hinein getragen wurde. Nicht nur der parteiförmige Rechts-extremismus wies so in den letzten Jahrzehnten eine deutliche Staatsnähe auf, es findet sich auch kaum eine rechtsterroristische Zelle, die nicht unter Beobachtung oder aktiver Mitwirkung eines Geheimdienstes agierte. Die neonazistische Kameradschaft Thüringer Heimat-

schutz, aus der Ende der 90er Jahre das Terrornetzwerk NSU hervorging, wurde von einem hochbezahlten V-Mann des thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz gegründet und geleitet, Dutzende weitere V-Leute waren in diesem Nazisammelbecken aktiv. Der NSU selbst mordete unter den Augen der Geheimdienste. Ob die Verfassungsschutzämter nicht eingriffen und rechtzeitig ihre Erkenntnisse über die abgetauchten Terroristen an die Polizei meldeten, um im besten Fall ihre V-Leute nicht zu enttarnen, oder im schlimmsten Fall gar bewusst eine Mördertruppe fürs Grobe am Leben hielten, bleibt Spekulation. Mit großangelegtem Schreddern von Akten, Obstruktion und Falschaussagen taten die Geheimdienste ihr Möglichstes, um eine Aufklärung ihrer Rolle in der NSU-Affäre vor parlamentarischen Untersuchungsausschüssen zu verdunkeln.

Abgesehen von solchen operativen Aktivitäten im rechten Milieu zielt die Tätigkeit der Verfassungsschutzämter – insbesondere des Bundesamtes – auf die Diskreditierung antikapitalistischen, antifaschistischen und antiimperialistischen Gedankenguts und entsprechender Parteien, Organisationen und Aktivitäten. Die Behörde folgt dabei schon in ihren jährlichen Verfassungsschutzberichten einer einfachen Logik. Wenn ein Kommunist in die Linkspartei eintritt, wird dies als Indiz für die Radikalisierung der Partei angesehen. Tritt aber ein Neonazi in die AfD ein, so wertet der Verfassungsschutz dies als Läuterung dieser Person, die fortan nicht mehr der extremen Rechten zugerechnet wird. Linke Aktivitäten werden dabei bereits über sogenannte Themenfelder wie Antifaschismus oder Antirepression bestimmt. Wer hier aktiv ist, steht zumindest unter Extremismusverdacht. Umgekehrt gilt ein solcher Automatismus etwa bei flüchtlings- oder islamfeindlichen Aufmärschen nicht. Ebenso verhält es sich mit dem Verdikt der Kontaktschuld. So werden gemäßigte Linke vom Verfassungsschutz zwar in Mithaftung genommen, wenn sie in Bündnissen oder auf Demonstrationen gemeinsam mit Antifa und Autonomen zu finden sind. Wenn jedoch – wie bei den Pegida-Aufmärschen in Dresden – AfD-Mitglieder neben Neonazis demonstrieren, will die Behörde kein solches Überspringen des Extremismus erkennen.

Hierin fügt sich das Bild, das der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen nicht erst im Zusammenhang mit den Chemnitzer Ereignissen abgab. So sah sich Maaßen bereits öffentlicher Kritik ausgesetzt, als eine AfD-Aussteigerin eidesstaatlich versicherte, der Verfassungsschutzpräsident, dem Sympathien zur AfD nachgesagt werden, habe im Jahr 2015 die damalige AfD-Vorsitzende Frauke Petry dahingehend be-

raten, wie die Partei eine Überwachung durch den Geheimdienst verhindert könnte. Nach dem ersten Chemnitzer Aufmarsch zweifelte Maaßen dann gegenüber der Springerpresse öffentlich die Authentizität eines Videos an, auf dem ein Angriff von Neonazis auf Migranten zu sehen war. Maaßen fiel damit wohl unter Überschreitung seiner Kompetenzen der Bundesregierung in die Flanke, die zuvor unter anderem auf Basis dieses Videos Hetzjagen auf Migranten in Chemnitz verurteilt hatte.

Rund zwei Monate nach seiner Ablösung war Maaßen allerdings immer noch mangels Nachfolger im Amt des Geheimdienstchefs. Erst als er in einer Rede nicht nur seine Äußerungen zu Chemnitz wiederholte, sondern auch noch Verschwörungstheorien über vermeintlich »Linksradikele« in der SPD zum Besten gab, erschien er der Regierungskoalition endgültig so untragbar, dass Seehofer Anfang November beantragte, den Beamten in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Maaßens Erklärung, sich auch eine Zukunft in der Politik vorstellen zu können, lässt befürchten, dass er zukünftig an anderer Stelle an der Umsetzung seiner rechten Agenda arbeiten wird. Ein Angebot zur Mitarbeit von AfD-Chef Jörg Meuthen an Maaßen liegt bereits vor.

Natürlich kommt eine Nichtnennung der AfD in den Verfassungsschutzberichten einem Persilschein für diese völkische Partei gleich. Doch angesichts der Geschichte und Aktivitäten des Inlandsgeheimdienstes, seiner politischen und strukturellen Ausrichtung ist es mehr als zweifelhaft, dass eine geheimdienstliche Überwachung der AfD der richtige Weg zur Bekämpfung dieser Partei ist. Bereits jetzt kann die AfD Sympathien von einigen Sektoren des Staatsapparates – insbesondere innerhalb der Sicherheitsbehörden – für sich verbuchen. Dazu kommt, dass in Teilen der Unionsparteien durchaus mit einem österreichischen Modell, der Bildung einer Rechtsregierung, geliebäugelt wird. Zu befürchten ist so, dass durch eine Überwachung auch die AfD in den »Genuss« von staatlich alimentierten V-Leuten kommt. Die Partei würde damit zugleich mit Hilfe des Verfassungsschutzes leichter lenkbar gemacht, in Hinblick auf ihre Rolle als zukünftiger Mehrheitsbeschaffer. Das aber können Antifaschistinnen und Antifaschisten nicht wünschen. Der Kampf gegen die AfD und die Forderung nach Auflösung des Verfassungsschutzes sollten vielmehr als zwei Seiten einer Medaille verstanden werden.

Ulla Jelpke,

MdB, Innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Insel in Sachsen?

Die Entwicklung rechter Netzwerke am Beispiel Leipzigs

Was ist in Sachsen los? Darum ranken sich nicht erst seit der Bundestagswahl, nicht erst nach dem Auffliegen weiterer rechtsterroristischer Gruppen, nach dem sichtbaren Schulterchluss von AfD und Neonazistrukturen in Chemnitz und nach der eindeutigen Ansage des neuen CDU-Fraktionsvorsitzenden im Sächsischen Landtag eine Koalition mit der AfD zumindest nicht so glasklar auszuschließen wie der Ministerpräsident Michael Kretschmer viele Diskussionen.

Dieser Beitrag will nicht auf ausgetretenen Pfaden wandeln, sondern den Blick auf Leipzig und seine Neonaziszene im Wandel der Zeit lenken. Hier kennt sich die Autorin aus, hier zeigt sich am Beispiel des konzertierten Angriffs in Leipzig-Connewitz im Januar 2016 welche ermutigende Wirkung die Präsenz von AfD, Pegida und Ablegern, welche Wirkung der politische und gesellschaftliche Rechtsruck auch in einer vermeintlichen Insel im schwarz-braunen Sachsen hat.

Rechte Netzwerke haben tiefe Wurzeln

Als 250 Neonazis und rechte Hooligans am 11. Januar 2016 in Leipzig-Connewitz einfallen ist es nicht mal anderthalb Jahre her, dass das Nazi-Zentrum in der Odermannstraße 8 in Leipzig-Lindenau, das als Bürgerbüro des 2011 verstorbenen NPD-Landtagsabgeordneten Winfried Petzold fungierte, seine Pforten geschlossen hat. Nach fast sechs Jahren wurde im September 2014, kurz nach dem knappen Ausscheiden der NPD aus dem Sächsischen Landtag (mit immerhin 4,9 % der Stimmen) der massive Blechzaun vor der Neonazi-Trutzburg deinstalliert. Sechs Jahre lang war das Zentrum Anlaufpunkt und Aktionsstützpunkt für die damals recht geeinte Neonaziszene gewesen. Hier trafen sich die ehemaligen »Freien Kräfte«, die sich dann der NPD/JN anschlossen. Hier traf sich die von Neonazi-Kadern durchgesetzte Fussballfangruppierung Scenario Lok, die jahrelang vom vormaligen Fußballfanprojekt beim 1. FC Lok Leipzig protegert wurde, hier wurde Kampfsport getrieben und es wurden auch mal Angriffe auf politische Gegner*innen vorbereitet. Im November 2013 wollte dort u. a. der Gründer der Wehrsportgruppe Hoffmann,

der als Rechtsterrorist verurteilte Karl-Heinz Hoffmann, referieren. Dies konnte aufgrund antifaschistischer Interventionen verhindert werden.

Der Verlust des Stützpunktes führte, zusammengenommen mit internen Streitigkeiten zum kompletten Bedeutungsverlust der NPD in Leipzig. Der einzige Mandatsträger, Ex-Hooligan und mehrfach vorbestrafter Gewalttäter Enrico Böhm, wurde 2016 vom Landesverband seines Amtes als Kreisvorsitzender enthoben und gründete die »Wählerversammlung« »Wir für Leipzig«. Sein Stadtratsmandat nimmt er mehr schlecht als recht wahr. Sowohl Böhm als auch andere Neonazigrößen aus Leipzig versuchen zunächst beim Leipziger Pegida-Ableger »Legida« anzudocken. Legida verschwindet nach zwei Jahren im Januar 2017 als Haufen von Verschwörungstheoretiker*innen und wütenden alten weißen Männern jedoch von der Bildfläche.

Wenig geschwächt geht das Netzwerk um die rechten Lok-Hooligans aus der Szenerie. Zwar löste sich die Gruppierung Scenario Lok 2014 nominell auf, die Akteure bleiben vernetzt und am Ball. Ihr neues »Spielfeld« ist der Käfig, die Arena des martialischen Freefight-Sports.

Szenenwechsel: Leipzig, 11. Januar 2016

Es ist der zweite Jahrestag von Legida am 11. Januar 2016 in der Leipziger Innenstadt. Der Sänger der Rechtsrock-Band »Kategorie C« setzt zum Geburtstagsständchen an als die Nachrichten aus Connewitz sich verbreiten. In dem Viertel, das als linke Hochburg Sachsens, ja Ostdeutschlands gilt, sind Neonazis einmarschiert. Im Windschatten des Legida-Aufmarschs in der Innenstadt gegen den an diesem Winterabend Tausende protestieren, haben sie ihren Plan verwirklicht und eine »Hochburg der Antifa eingenommen«, wie das Landgericht Dresden in einem Urteil gegen einen Beteiligten, der gleichzeitig Mitglied der kriminellen Vereinigung »Freie Kameradschaft Dresden« ist, formuliert. Der rechte Mob zieht bewaffnet mit Totschlägern, Teleskopschlagstöcken, Sprengsätzen, Blendschockgranaten, Äxten und Messern durch die Wolfgang-Heinze-Straße, zerstört in wenigen Minuten zahlreiche Geschäfte,

Kneipen, Wohnhäuser und Autos, der Innenbereich eines Dönerladens wird durch Böller massiv zerstört. Einzelne Stadtteilbewohner*innen, die auf der Straße sind, flüchten sich eilig in Häuser. Es ist nicht auszudenken was passiert wäre, wenn der Mob auf Menschen getroffen wäre, die nicht wehrhaft sind. »Dort sah es aus, wie in einem Kriegsgebiet«, erklärte ein Zugführer einer Einsatzhundertschaft im Rahmen der ersten Verhandlung des inzwischen angelaufenen Mamutprozesses.

Die Polizei setzt an diesem Abend 215 Personen fest. Einige Dutzend entkommen dem Zugriff. Der Kreis der Beteiligten zeigt ein rechtes Netzwerk, das von Sachsen nach Berlin, Thüringen, Sachsen-Anhalt und sogar Niedersachsen führt. Der Schwerpunkt liegt in Leipzig und Umgebung, und dort im Familienumfeld des 1. FC Lok Leipzig, organisierten Neonazistrukturen sowie bei der neonazistischen Fangruppierung des 1. FC Dynamo »Faust des Ostens«. 11 Verfahren sollen später ans Land- bzw. Amtsgericht Dresden abgegeben werden, sieben der Tatverdächtigen sind dort im so genannten »KFD-Prozess« der Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer kriminellen Vereinigung angeklagt und zum Teil bereits verurteilt. Die »Freie Kameradschaft Dresden« hatte sich im Jahr 2015 zusammengefunden, ihre Mitglieder waren u. a. an den gewalttätigen Eskalationen gegen eine Erstaufnahmeeinrichtung in Heidenau und auf das linke Wohnprojekt Mangelwirtschaft in Dresden beteiligt und waren u. a. mit der rechtsterroristischen Gruppe Freital verbandelt.

Die juristische Aufarbeitung: Bittere Blaupausen

Seit August 2018 – also erst zweieinhalb Jahre später – laufen am Amtsgericht Leipzig nun die Verfahren gegen die Tatbeteiligten, weitere Anklagen sind an den Amtsgerichten Torgau, Eilenburg und Grimma erhoben worden. Die Prozesse werden zumeist im »Doppelpack« geführt werden. Immer zwei Angeklagte sitzen auf der Anklagebank. Tatvorwurf: Besonders schwerer Fall von Landfriedensbruch. In einem Fall kommt der Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz und in einem der Verstoß gegen das Waffengesetz hinzu. Zudem sind zwei weitere Tatverdächtige, die sich nicht im Pulk der Festgesetzten befanden, nachermittelt worden. Einer davon soll der ehemalige NPD-Kommunalwahlkandidat und Neonaziaktivist Kai M. sein. Laut Aussagen eines Angeklagten im FKD-Prozess hätte M. zum »Fanal« am 11.1.2016 eingeladen und im Vorfeld auf einem Parkplatz an einer Autobahnausfahrt vor Leipzig Instruktionen erteilt.

Bis Ende Oktober 2018 sind drei Doppelverfahren zum Ende geführt wurden. Die Urteile können verschiedener nicht sein. Sorgte das erste Urteil gegen zwei Tatbeteiligte noch für positives Aufsehen – beide Angeklagte wurden zu jeweils 20 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt – gingen die nächsten beiden Angeklagten mit Bewährungsstrafen aus dem Verfahren. Beide hatten sich in einem Vorab-Gespräch mit Richter, Staatsanwaltschaft und ihren Verteidigern geständig eingelassen. Durch das »Geständnis«, das nichts anderes war als der Versuch sich selbst zu entlasten (sie wären einfach zum Treffpunkt gefahren, hätten dort niemanden gekannt und dachten es würde zur Legida-Demo in die Innenstadt gehen) traten keinerlei neue Informationen zutage. Beide mild Verurteilten haben nach Recherchen von vice.com eine Neonazi-Vergangenheit. Einer wartete gar mit dem Rechtsanwalt Olaf Klemke auf, der auch den NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben im Münchner Prozess verteidigt hatte. Auch im bislang dritten Prozess folgten Einlassungen ohne Erkenntnisse und Bewährungsstrafen. Dies dürfte die bittere Blaupause für die nun folgenden – bis zu 100 Verfahren sein. Die drängenden Fragen – die nach den Drahtzieher*innen des konzertierten Angriffs, der Mitwisserschaft des Legida-Organisationsteams und auch die nach der Rolle der Sicherheitsbehörden, wird im Zuge des Prozess mutmaßlich nicht geklärt werden. Wie sich eine solch große Gruppe von Neonazis und rechten Hooligans auf virtuellem Wege unbemerkt von den Behörden verabreden und diese Aktion akribisch vorbereiten konnten, wirft durchaus Fragen auf. Im Vorfeld mobilisierten einschlägig bekannte Neonazigruppen öffentlich zu einer »Überraschung« und zum »Sturm auf Leipzig«. Unter den Beteiligten befinden sich zudem einschlägig bekannte Akteure aus regionalen Neonazi-Verbindungen, die wie im Fall der »Freien Kameradschaft Dresden« oder einem Beteiligten, der inzwischen als Mitglied der rechtsterroristischen »Gruppe Freital« im Visier der Behörden standen oder hätten stehen müssen.

Szenenwechsel: Wurzeln, 20. Januar 2018:

*250 Antifaschist*innen demonstrieren gegen die rassistische Hetze und Gewalt, die sich in der Kleinstadt seit Wochen über Geflüchtete ergießt. Unweit der Kundgebung stürmen plötzlich mehrere bewaffnete, vermummte Neonazis auf die Straße und bedrohen Journalist*innen und Aktivist*innen. Die Polizei geht im letzten Moment dazwischen.*

Unter den potentiellen Angreifern: Benjamin Brinsa, erprobter Kampfsportler, rechter Lok-Fan und langjährigen Neonaziszene-Gänger mit einem machetenähnlichen Gegenstand bewaffnet, sowie mindestens zwei angeklagte Täter vom Connewitz-Angriff. Es kursiert das Gerücht, dass Brinsa Drahtzieher des Angriffs in Connewitz war.

Freefight: Trainieren für den Straßenkampf

Die martialische Pose in Wurzen ist kein Zufall. Hier praktizieren Freefighter das, was sie auf der Matte trainieren. Brinsa ist es, der seine internationale Fightkarriere aufgrund der Offenlegung seiner rechten Machenschaften im Jahr 2012/13. beenden musste. Sein Vertrag mit der Ultimate Fighting Championship wurde nach einem Outing durch Antifaschist*innen aufgelöst. Seitdem versucht sich Brinsa selbst als Trainer und Ausrichter von Freefightkämpfen. Nach eher kleiner dimensionierten selbst organisierten Kämpfen mit dem Label »Schildau kämpft« in der sächsischen Provinz zog es Brinsa und Co ab 2014 nach Leipzig. Mit der »Imperium Fighting championship« versuchte er mit seinem »Imperium fight team« (IFT) sich dem rechten Dunst zu entziehen und kommerzielle Erfolge zu fahren. Fünf derartiger Veranstaltungen mit bis zu 2000 Besucher*innen fanden zwischen 2014 und 2016 in Leipzig statt, nur einmal gelang es durch antifaschistische Intervention einen Veranstaltungsraum zur Absage des Kampfes zu bewegen. Unter den Connewitz-Tätern: Drei Kämpfer des IFT. Seit 2017 hat das »Imperium fight team« seinen Trainingsort von Eilenburg (Nordsachsen) in der Kamenzer Straße 10 im Leipziger Nordosten verlegt. In diesem Gym trainieren weitere Neonazis, unter anderem der Leipziger Stützpunktleiter der »Idenitären Bewegung« Alexander Kleine. Der Gebäudekomplex, in dem das Gym in den Kellerräumen ansässig ist, gehört seit 2007 einem rechten Szenegänger. Im Jahr 2008/09 löste die Polizei dort mehrere Rechtsrock-Konzerte auf, das letzte im Januar 2018. Das heute von Neonazis genutzte Gebäude war zwischen 1944 und 1945 das größte der acht Leipziger Außenlager des KZ Buchenwald. Im Januar 1945 mussten 5.067 Frauen unter SS-Bewachung dort für die Hugo-Schneider AG (HASAG) Panzerfäuste herstellen und Granaten abfüllen. Unmittelbar daneben waren seit Juni 1944 im »Polenlager« 800 männliche KZ-Häftlinge »untergebracht«. Diese Menschen wurden im April 1945 noch auf die so genannten Todesmärsche geschickt. Seit 2009 wurde das im Außenbereich des Gebäudekomplexes angebrachte Gedenkzeichen bereits sechsmal zerstört.

Szenewechsel: Chemnitz, 27.8.2018:

*Inmitten des wütenden Mobs von mehr als 6000 Menschen befindet sich auch Benjamin Brinsa und zwei weitere angeklagte Täter in Sachen Connewitz. Am 26.8.2018, als der Mob in Chemnitz die Polizei überrannte und Migrant*innen jagte postete Brinsa: »Wenn der Staat nur noch zuschaut müssen wir uns selbst der Sache annehmen! Auf die Straße!«*

Keine Insel

Die aktivistische Neonaziszene hat ihre Strukturen und Netzwerke erhalten, gar ausgebaut und gleichsam neue Betätigungsfelder erschlossen. Die gesellschaftliche Stimmung insbesondere in Sachsen und die Untätigkeit von verantwortlicher Politik und von Behörden geben ihr Auftrieb. Knapp ein Fünftel aller namentlich bekannten mutmaßlichen Angreifer aus Connewitz sind in weiteren einschlägigen Ermittlungsverfahren aufgetaucht. Die von AfD und Pegida und ihren Ablegern ausgehende menschenfeindliche und demokratieverachtende Hetze gibt Neonazis Rückenwind ihre Gewaltphantasien auf der Straße zu exekutieren. Auch in Leipzig, der immer wieder projizierten Insel im schwarz-blauen Sachsen, gibt es wie in Dresden, Wurzen, Freital und Chemnitz rechte Netzwerke, die in bestimmten Situationen Hand in Hand mit dem Wut-Mob auf der Straße und seiner parlamentarischen Vertretung, der AfD, gehen. Es braucht nur einen Funken, bis das Feuer entfacht. Wohlmöglich kann es anders als anderswo in Sachsen noch notdürftig gelöscht werden. Der Flächenbrand allerdings scheint derzeit unabwendbar.

Verweise:

- Infografik über die Vernetzung der Connewitz-Angreifer (Stadtmagazin Kreuzer, Februar 2018): <https://kreuzer-leipzig.de/2016/10/14/nazis-schlaeger-ideologen/>
- Die Täter des 11.1.2016 (verdienstvoller Leak aller Täter-Namen samt umfassenden Recherchen): <https://le1101.noblogs.org/>
- Ladenschluss-Bündnis (Kampagne gegen die Nutzung des ehemaligen Zwangsarbeiter*innenlagers in der Kamenzer Straße in Leipzig durch rechte Netzwerke): <http://ladenschluss.blogspot.eu/>

Juliane Nagel,

Mitglied im Sächsischen Landtag,
Fraktion DIE LINKE

Arthur Stadthagen: Parlamentarier, Sozialdemokrat, Wegbereiter des Arbeitsrechts.

Ehrung eines sozialdemokratischen Funktionärs und Bemerkungen zur »Sozialdemokraten-Ecke« in der »Gedenkstätte der Sozialisten« in Berlin-Friedrichsfelde.

Wieder ist ein Buch aus der Reihe »Jüdische Miniaturen« anzuzeigen. Es trägt die Nummer 220 und bietet eine biografische Skizze über den Funktionär der deutschen Sozialdemokratie Arthur Stadthagen (1857–1917). Stadthagen wirkte u. a. für seine Partei als Stadtverordneter in Berlin und als Reichstagsabgeordneter. Der Jurist erwarb sich zudem Verdienste als Wegbereiter des Arbeitsrechts. Geschrieben hat den Text Holger Czitrich-Stahl, der mit seiner Dissertation auch eine umfassende Biografie über Arthur Stadthagen vorgelegt hat. Wie immer sei das vom Verlag Hentrich & Hentrich für die Reihe »Jüdische Miniaturen« des gewählten Format extra gewürdigt. Das Büchlein passt in jede Jackentasche und ist als Begleiter für einen Friedhofsspaziergang sehr praktisch, es sei auch deshalb nachdrücklich empfohlen. Auf dem Friedhof Berlin-Friedrichsfelde gibt es einen besonders gestalteten Ehrenhain. Die »Gedenkstätte der Sozialisten« ist alljährlich bis in unsere Tage im Januar Zielort für das Gedenken an die in der Novemberrevolution meuchlings ermordeten Führer der deutschen Linken Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die »Gedenkstätte der Sozialisten« wurde im Juni 1926 feierlich eingeweiht, der Architekt Mies van der Rohe hatte den Gestaltungsentwurf geliefert. Im Januar 1951 weihte der Kampfgefährte von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, der Präsident der DDR Wilhelm Pieck die von den Nationalsozialisten zerstörte Gedenkstätte neu ein.

Begrenzt von einer halbrunden Klinkermauer wurden in der Mitte der Gedenkstätte Grabplatten für führende Sozialdemokraten und Kommunisten angebracht, die in ihrer Gesamtheit die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung symbolisieren sollten: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Wilhelm Pieck, Franz Mehring, Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, Ernst Thälmann, Rudolf Breitscheid, Franz Künstler. Inmitten dieser Grabplatten ragte weithin sichtbar eine Granitsäule auf, »Die Toten mahnen uns« war für alle Ankommenden weithin sichtbar.

In den Jahren nach der Novemberrevolution war Berlin-Friedrichsfelde für die deutsche Arbeiterbewegung ein zentraler Ort des Gedenkens. Zu »DDR-Zeiten« fiel zusätzlich auf, dass aus Westdeutschland oder Westberlin angereiste Delegationen immer auch die linke Ecke des Halbrundes der Mauer hinter der zentralen Grabanlage des Ehrenhains besuchten. Ihr Interesse galt dort dem Grab Wilhelm Liebknechts. Der Kovorsitzende der SPD (neben August Bebel) Wilhelm Liebknecht war hier im Jahre 1900 unter großer Anteilnahme vieler Anhänger der Sozialdemokratie feierlich beigezigt worden. Diese Veranstaltung begründete eine von den damals Herrschenden vorausgesehene Befürchtung. Die Linken hatten mit Berlin-Friedrichsfelde einen neuen Zielort für öffentliche Massenbekundungen linker Gesinnung.

Auffallend war später, zu »DDR-Zeiten«, auch, dass zwei Grabstätten in der »Sozialdemokraten-Ecke« des Halbrunds zur Begrenzung der Gedenkstätte häufiger besucht wurden als andere Orte und sich dort auch häufiger größere Blumengebinde mit Schleife befanden. Erinnerung wurde an Wilhelm Liebknecht, Arthur Stadthagen und andere führende Sozialdemokraten auch an zwei Gewerkschaftsfunktionäre, an die Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Weimarer Zeit Carl Legien (1861–1920) und Theodor Leipart (1867–1947). Entsprechend dem Konzept für die Gedenkstätte, die hergestellte Einheit der deutschen Arbeiterbewegung demontrativ zu würdigen, wurde »geduldet« dass hier Menschenn gewürdigt wurden, die zu ihren Lebzeiten als Reformisten galten.

Ein Besuch auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde lohnt sich, nicht nur im Januar.

Dr. Horst Helas

Russische Faschisten im nazideutschen Exil (1933–1941)

Anknüpfend an die faschistischen Gruppen in der Weimarer Republik (*Deutsch-Russische Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung* 1920–1924 und *Russische Abteilung* 1924–1928)¹ formierte sich seit 1933 in Deutschland neue, vom Naziregime geförderte politische militärische Organisationen des russländischen Emigrantenfaschismus, die sich als Kollaborateure am Vernichtungskrieg Deutschlands gegen die UdSSR (1941–1945) beteiligten.

»Russländische Volksbefreiungsbewegung« ROND (1933)

Am 13. März 1933 gründeten ein Halbduzend Personen den *Russländischen Völkischen (Volks-) Befreiungsbewegung ROND* (Rossijskoe Osvoboditel'noe Narodnoe Dviženie) mit Sitz in Berlin-Wilmersdorf (Meierottostraße 1): Russlanddeutsche Hugo Menzel (seit 1931 NSDAP), die Baltendeutschen Friedrich Lichinger und Heinrich Pelchau², der Informant des Außenpolitischen Amtes der NSDAP Petr N. Šabel'skij-Bork/Petr Nikolajevič Popov (1871–1927), der germanophile Oberst der Zarenarmee Pavel Michailovič Avalov-Bermond (1884–1973)³ und Nikolaj Petrovič Dimitriev. Letzterer übernahm zunächst den Vorsitz, wurde aber bald aus dem Verkehr gezogen. Erst am 9. April 1933 wurde ROND offiziell gegründet, Parteivorsitzender wurde Heinrich Pelchau, der sich den slawischen Namen Andrej Svetozarov zugelegt hatte.⁴ Zum neuen Führungspersonal gehörte der 1933 aus Paris nach Berlin übersiedelten *Baron Aleksandr Vladimirovič Meller-Zakomelsk'skij* (alias A. Mel'skij⁵), der das antisemitische ROND-Pressorgan *Probuždenie Rossii* (seit 20. Juli 1933 auch in dt. Sprache *Russlands Erwachen*) herausgab. Im Parteiemblem war zum Parteinamen ROND noch zugefügt *Russische National-Sozialistische Bewegung der Werktätigen*. Erst mit der Auflösung aller deutscher Parteien und der Alleinherrschaft der NSDAP seit Juli

1933 erhielt die ROND größeren Zulauf und gewann über 2000 aktive Mitglieder. Das war allerdings nur ein sehr kleiner Teil der in Nazideutschland damals lebenden 50.000 Emigranten und Flüchtlingen aus Russland. ROND war in einigen regionalen Filialen organi-

siert: *Berlin* (Leiter: V. D. Golovačev – 900 Mitglieder von hier lebenden 10.000 Emigranten), *Hamburg* (A. P. Svetozarov/Pelchau), *Dresden/Sachsen* (Oberst Nikolaj Dmitrovič von Skalon – 800 Mitglieder, Verbindung zum 46. SS-Regiment), *Leipzig* (Hauptmann Gennadij Vasil'vic Krivenko) und *Breslau/Schlesien* (Hauptmann Červjakov). ROND verfügte über eine nach dem Muster der SA organisierte paramilitärische *Sturmabteilung/SA* in Stärke von einigen Hundert Mitgliedern. Diese trugen schwarze Hosen und weiße Hemden mit einer roten Armbinde, auf der sich ein weißes Hakenkreuz auf blauen Untergrund befand (russische Nationalfarben). Parteihymne war das Horst-Wessel-Lied in russischer Übersetzung. Anlässlich des 1. Mai 1933 marschierten russische Faschisten mit eigener Fahne innerhalb der SA-Formationen. Ein Deutsch-Russischen Abend am 12. Mai 1933 und die Fahnenweihe der ROND-Filiale Schlesien in Berlin am 5. Juni 1933) brachten eine Zuwachs an Parteimitgliedern.⁶ Das ROND-Programm »Gott, Mutterland, Gerechtigkeit« verkündete die Ziele der Partei:

»1. Befreiung Russlands vom geistigen und materiellen Joch der dritten kommunistischen Internationale mittels nationaler Revolution.

2. Bildung einer von keinen dunklen internationalen und fremden Einflüssen abhängige National-Sozialistische Diktatur, die im Verlaufe von sechs Jahren folgendes zu erfüllen hat:

a) Schaffung einer des Ruhmes und der Würde des Russischen Reiches angemessene Großmachtstellung und Unabhängigkeit.

b) Wiederherstellung des sittlich-religiösen Antlitzes des Russischen Volkes.

c) Ordnung der Volkswirtschaft und Hebung des materiellen Volkswohlstandes.

d) Beseitigung des Hasses und der Zwietracht zwischen den einzelnen Klassen und Völkerschaften des Russischen Volkes.

e) Einberufung einer freigewählten Allrussischen Volksversammlung (Vserossijskij Narodnyj Sobor), die die Regierungsform und das Grundgesetz des Russischen

Reiches bestimmt. ... Die grundlegende Aufgabe der National-Sozialistischen Diktatur ist ... die Verwirklichung des Grundsatzes ›Gemeinnutz geht vor Eigennutz‹ durch harmonische Verbindung des staatlichen und privaten Prinzips auf allen Gebieten des völkisch-staatlichen Lebens.«⁷ In den Programmpunkten 13 und 14 wird ausdrücklich betont, dass unter Vorherrschaft der Russen alle übrigen Völker und Nationen gleichberechtigt sind mit Ausnahme der Juden, denen als »Ausländer« keinerlei Rechte zustehen sollten.⁸

Die sowjetische Presse attackierte von Anfang an *ROND*, die weder eine »nationale« noch »sozialistische Befreiungsbewegung der Werktätigen« sei, bezeichnete sie nicht zu Unrecht als Agentur der NSDAP. Außenminister *Maxim Litvinov* (1876–1951) und Sowjetbotschafter in Berlin *Nikolai Krestin'skij* (1983–1938) protestierten bei Außenminister Constantin Freiherr von Neurath gegen die antisowjetische Tätigkeit der *ROND*. Botschafter Herbert von Dirksen machte das Auswärtige Amt am 17. Juli 1933 darauf aufmerksam, dass »das öffentliche Auftreten der russischen nationalsozialistischen Organisation in Deutschland ... in den hiesigen Partei- und Regierungskreisen eine erheblich Beunruhigung« hervorrief. Er habe Moskaus Kritik, Deutschland mische sich in innere Angelegenheit der UdSSR ein, zurückgewiesen »mit dem Bemerkens, dass es sich um einen rein weltanschaulichen Zusammenschluss der beteiligten russischen Kreise handele, der nichts mit der deutschen Außenpolitik zu tun habe.«⁹ Das Auswärtige Amt empfahl im Interesse der Fortführung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die Kontakte zu *ROND* unauffälliger zu gestalten oder ganz einzustellen. Reichswehrminister Werner von Blomberg schlug aus eben diesen Gründen Hitler und Göring am 5. Juli 1933 vor, »die Vereinigung ›Rond‹ zu verbieten.«¹⁰ Nach dem Protest der Sowjetregierung vom 11. August 1933 empfahl das Auswärtige Amt, *ROND* in Preußen aufzulösen, nachdem sie auch schon in Mecklenburg-Schwerin nicht mehr zugelassen war. Die Gestapo entschied zunächst, die Gruppe um N. P. Dmitriev auszuschalten, aber mit der Führungsgruppe um A. Svetozvaros (H. Pelchau), die 1.100 Mitglieder zählte, werde anders umgegangen: »Mit Rücksicht auf gewisse persönliche und amtliche Beziehungen des Preuss. Ministeriums des Inneren zu verschiedenen Mitgliedern dieser Gruppe sei Rücksichtnahme in der Form geboten. Der Vorstand aber würde veranlasst werden, dass in Zukunft das Tragen von Abzeichen und Uniformen sowie die Veranstaltungen öffentlicher Umzüge und Feiern, kurz jedes geschlossene

Auftreten und jede politische Betätigung unterblieben. Es sei damit zu rechnen, dass hierdurch diese Gruppe ... zu einer bedeutungslosen Emigrantenorganisation herabsinke. Die weitere Entwicklung von ›Rond‹ würde vom Geheimen Staatspolizeiamt aufmerksam verfolgt und dieses behalte sich weitere Maßnahmen vor.«¹¹

Neue Parteien des russischen Emigrantenfaschismus – PRO.NRSD, RNSD, RNOD

Die Führungsfiguren der *ROND*, Avalov-Bermondts und Meller-Zakomel'skij hatten noch Mitte September 1933 in Berlin ein Treffen mit den Führern der erst im Mai 1933 in den USA gegründeten *Allrussischen Faschistischen Organisation VFO* (*Vserossijskaja Organizacija Fašistov*) unter Anastasi Andrejevič Vonsjackij (1898–1965)¹² und dem *Bund der Jungen Russländer SM* (*Sojuz Mladorossov*) von Aleksander Kazem-Bek¹³ in Frankreich. Da keine Fusion der drei Parteien zustande kam, wurde lediglich eine allgemeine politische und ideologische Zusammenarbeit vereinbart. Es ging dabei nicht nur um die Frage, wer die Führung einer möglichen Gesamtpartei übernimmt. Vonsjacki lehnte den radikalen Antisemitismus der *ROND*-Führung ab. Wohl wegen des sowjetischen Drucks und des noch nicht gewollten Bruchs der Beziehungen mit der UdSSR seitens Nazi-Deutschlands wurde *ROND* am 28. September 1933 vorerst in Preußen verboten. Aus der Auflösungsverfügung ist aber auch zu erkennen, dass das deutsche Naziregime andere Erwartungen an diese ihr nahestehende Organisation knüpfte:

»Der ›Rond‹ wurde im Anschluss an die nationale Revolution (d. h. der faschistischen Machtübernahme 1933, K.-H. G.) ins Leben gerufen und zunächst mit viel Sympathie in der deutschen Öffentlichkeit aufgenommen. Es ist der Leitung der ›Rond‹ leider nicht geglückt, die Bewegung im nationalsozialistischen Sinne auszubauen und weiterzuführen. Es ist festgestellt worden, dass sich in der ›Rond‹-Bewegung Elemente Eingang verschafft haben, die weder blutsmäßig Russen, noch gesinnungsmäßig Nationalsozialisten waren ... und versuchten, im Interesse gewisser Auftraggeber entstellte und falsche Nachrichten zu verbreiten, um unerwünschte außenpolitische Bestrebungen Vorschub zu leisten. Aus Gründen der Staatssicherheit musste deshalb ... ›ROND‹ – selbst unter Würdigung des ursprünglichen Wohlwollens der Gründe der Bewegung – verboten und aufgelöst werden.«¹⁴

Der Naziführung ging es also nicht um das generelle Ausschalten, sondern um die Unterordnung der *ROND*

in die innen- und außenpolitischen Ziele Deutschlands. Das war offensichtlich eine schwer zu lösende Aufgabe. Im Unterschied zur Frühphase der NSDAP verfolgte Hitler seit 1924 zwar das Ziel den Marxismus und den real existierenden Staatssozialismus in der UdSSR auszurotten. Er wollte aber kein neues, angeblich vom »jüdischen Bolschewismus befreites Russland« (wie es den meisten extrem völkischen und rechten Emigranten damals noch vorschwebte) wiederauferstehen zu lassen. *Dem Naziregime ging es um die Vernichtung des sowjetischen Staatssozialismus und um die Ausschaltung und koloniale Unterwerfung der eurasischen Großmacht UdSSR.* Das schloss allerdings nicht aus, antikommunistische und antisemitische Gesinnungsgenossen aus den völkisch-antisemitischen und rechten monarchistisch-militaristischen Emigranten für den geplanten Krieg gegen die Sowjetunion zu gewinnen, sie als Diversanten und als Kollaborateure in den deutsch besetzten Gebieten der Sowjetunion einzusetzen. Das erklärt, warum bereits Anfang Oktober 1933 auf dem preußischen Territorium praktisch die *ROND-Partei* unter dem neuen Namen *Partei der Russländischen Befreier. Russländische National-Sozialistische Bewegung PRO.RNSD* (Partija Rossijskich Osvoboždencev. Rossijskoe Nacional-Socialističeskoe Dviženie) wieder zugelassen wurde (Sitz in Berlin-Wilmersdorf, Meierott-Straße 1), nun allerdings unter strenger Kontrolle der Gestapo. Die Leitung der *PRO.RNSD* übernahm der schon erwähnte »Fürst« Alvalov-Bermondts. Stabschef wurde sein ehemaliger deutscher Mitarbeiter in der weißgardistischen Westarmee, Hauptmann Fritz E. Moellenhoff (Sitz in Berlin Bleibtreustraße), der schon zuvor den Aufbau der *Russischen Faschistischen Partei* in der Mandschurei beteiligt war.¹⁵ Die Kontinuität zur ROND war dennoch nicht zu übersehen. Selbst Parteiführer Avalov-Bermondts würdigte am 9. April 1934 die einjährige Arbeit und sah in der *PRO.RNSD* die Nachfolgepartei von ROND.¹⁶ Hauptziel der Partei sei nachwiev »die Vernichtung der kommunistische Diktatur und die Schaffung eines neuen starken Russländischen Staates, der eine Synthese des vor- und nachrevolutionärem Russland bildet und die Erfahrungen der großen russländischen Vergangenheit mit den gegenwärtigen und künftigen realen Anforderungen der Gegenwart und Zukunft verbindet. In voller Übereinstimmung mit den Programmen der NSDAP und der Partei der italienischen Faschisten und auch der *Allrussischen Faschistischen Partei* (in der japanisch besetzten Mandschurei, K.-H.G.) bilden die vier grundlegenden Forderungen GOTT, NATION, SOZIALE GERECHTIGKEIT und

ARBEIT die Grundlage des Programms der Russländischen Nationalsozialistischen Bewegung.«¹⁷

Doch die ideologischen und politischen Machtkämpfe in der Führungsspitze traten auch in der neuen Partei wieder hervor. Bereits im März 1934 kritisierten sieben Mitglieder des *PRO-Hauptrates* (u.a. Leiter der Organisationsabteilung A. A. Averkiev, der Redakteur der Parteizeitung Meller-Zakomel'skij, der Leiter der Filiale Berlin-Brandenburg V. Golovačev sowie andere Funktionäre wie N. R. Kastel', Vagabov, V. Bugdal und V. O. Kulikov) das neue Parteiprogramm, welches angeblich die bisherigen »nationalsozialistischen Positionen verlassen« habe. Sie lehnten auch den autoritären Führungsstil Avalov-Bermondts ab. Ein Teil der Mitglieder verließ *PRO/RNSD* und gründeten den »*Verein für Russische Kulturpolitische Studien*«. Im Juli 1934 forderten nun auch noch der Stabschef der Partei Moellenhoff, der neueingesetzte Leiter der Filiale (Gau) Berlin-Potsdam *Nikolaj Jemel'janov* und Ideologiechef *Evgenij Spul'skij* die Absetzung des Parteigründers. Sie wollten sich mit ihren Anhängern der *Allrussischen Faschistischen Partei VRFP (Vsjerossiskaja Fašistskaja Partia) in der Mandschurei* anschließen, dessen Vorsitzender *Konstantin Vladimirovič Rodzajevskij* (1907–1946)¹⁸ gerade in Berlin weilte und auf einer Propagandaveranstaltung im Landwehr-Casino vor etwa 2.000 russländischen Emigrantenfaschisten für den Zusammenschluss warb. Die Gestapo zog am 27. Juli 1934 die beiden Streithähne der *PRO.RNSD*, Bermondts-Avalov- und Moellenhoff, aus dem Verkehr und inhaftierte sie kurzfristig. Zunächst übernahmen Funktionäre der Filiale Berlin-Brandenburg unter Vladimir K. Levašev den Vorsitz. Er gründete Anfang 1935 mit den noch bestehenden außerpreußischen *ROND-Organisationen* eine eigene Partei unter dem Namen *Russländische Nationale und Soziale Bewegung RNSD* (Rossijskoe nacionalnoe i sozial'noe dviženie). *ROND*-Chef in Sachsen, Skalon, benannte seine Organisation ebenfalls in *RNSD* um und übernahm faktisch die Gesamtführung dieser neu gegründeten Partei. Sein Stellvertreter wurde Krivenko. Den Hauptstab der Partei übernahm Pavel Petrovic Žemčužin (Sitz Dresden, Zirkusstraße 6). Die *RNSD* gab die Zeitschrift *Vestnik* heraus. Einflussreiche *RNSD*-Funktionäre aus dem Raum Berlin-Potsdam meuterten gegen den Führungsanspruch der sächsischen Filiale, spalteten sich ab und gründeten am 19. September 1935 die *Russländische Nationale Befreiungsbewegung RNOD* (Rossijskoe Nacional'noe Osvoboditionel'noe Dviženie). Den Vorsitz übernahm Oberst Ivan Kryžanovskij, seine Stell-

vertreter wurden Levašev und Spul'skij. Die RNOD hatte neben Berlin im Rheinland, Westfalen (F. Romanen'ko), Mecklenburg und Vorpommern (V. Torster) Einfluss.

Die RNSD blieb jedoch weiterhin die einflussreichere faschistische Emigrantenorganisation im Hakenkreuzreich. Sie hatte auf ihrem 2. Parteitag im Dezember 1935 in Leipzig bereits 14 Filialen, u. a. *Dresden* (Skalon), Leipzig (Krivenko), *Augsburg* (A. K. Kononov), *Breslau* (Červjakov), *Hamburg*, *Darmstadt*, *Potsdam* (Golovačev) und *Giersleben* (E. I. Pik). Mit dem Anschluss *Österreichs* an Nazi-Deutschland (März 1938) wurde die österreichische Abteilung des *Russischen Faschistischen Bundes RFS* von Rodzaevskij zur österreichischen Filiale der RNSD umgewandelt (Musin-Puškin). Im Juli 1938 trat einer der einflussreichen Führer der ehemaligen ROND, Mel'ler-Zakomel'skij mit seiner Gruppe *Verein für russische kulturpolitische Studien* ebenfalls dem RNSD bei und übernahm die Abteilung Propaganda (Sitz Berlin W50, Bamberger Str. 1). Nach der deutschen Okkupation der Tschechoslowakei (Oktober 1938 – März 1939) entstanden neue RNSD-Filialen in Brno (Fähnrich Puchal'skij, General Temnikov) und in Prag (V. F. Veregin).¹⁹

Das Wappen des RNSD war der Doppeladler des Zarenreiches mit Schwert und Kreuz. Das Parteiabzeichen war ein Hakenkreuz auf den russischen Nationalfarben. Die Mitglieder grüßten einander mit erhobener rechter Hand mit den Worten »Heil Russland«. In ihrem Programm definierte sich die RNSD als »eine durch einheitliche Weltanschauung vereinte Organisation der Russländer«. Sie stellte sich »als höchstes Ziel die Befreiung Russlands vom Joch der internationalen bolschewistischen Macht und die Wiederaufrichtung der russländischen Staatlichkeit auf nationaler Grundlage und sozialer Gerechtigkeit. ... Innerhalb der russländischen Völker kommt dem Volk der Russen die führende Rolle zu. ... Die RNSD ist der Meinung, dass das Judentum – unfähig zur Assimilation und unentwegt bestrebt eine überstaatliche Kraft zu werden – nichts gemein hat mit den Interessen der russländischen Kultur und Staatlichkeit. Deshalb schließt die RNSD das Judentum aus der Familie der Völker Russlands aus und beabsichtigt durch eine harte Gesetzlichkeit den jüdischen Einfluss auf das kulturelle, wirtschaftliche und politische Leben auszuschalten. Grundlage der Gesetzgebung, die die jüdische Frage regulieren wird, ist das *russische* Prinzip und nicht das Glaubensbekenntnis wie im vorrevolutionären Russland. ... Das Zentrum des RNSD und seine Hauptkräfte befinden sich im Deutschland Adolf Hitlers,

in dem der Bolschewismus und die ihn unterstützenden dunklen Kräfte zerschlagen worden sind. In Deutschland ereignete sich ein siegreicher Kampf der neuen Weltanschauung gegen den zerstörerischen Ansturm der jüdischen Komintern, des nachgiebigen Liberalismus und des reaktionären Konservatismus. ... Wir halten die Vereinigung und gegenseitige Unterstützung mit allen national eingestellten und sozial denkenden Kräften des Russländischen Auslandes für dringlich, deshalb fördert die RNSD die Schaffung einer Russländischen Nationalen Front.«²⁰

Gleichschaltung im deutschen Herrschaftsbereich – UDRÉ und RZNF

Die Emigranten aus Russland standen in Deutschland mit ihren politischen und kulturellen Organisationen seit 1933 unter weitaus strengerer politischer Kontrolle als in der Weimarer Republik. Aber erst im Mai 1936 erfolgte – ähnlich wie schon 1934 im japanischen Marionettenstaat Mandschukuo – die vollständige Gleichschaltung aller russländischen Emigrantenorganisationen durch die neu geschaffenen zentralen Organisation *Verwaltung der Angelegenheit der russischen Emigration UDRÉ* (Upravlenie delami russkioj émigracii). Aufgabe der UDRÉ war, die gesamte russische Diaspora mit ihren verschiedenen Organisationen, Ideologien und Aktivitäten zu kontrollieren, politisch und ideologisch für die außenpolitischen Vorhaben Nazideutschlands einheitlich auszurichten. *Es ging vor allem darum, die miteinander konkurrierenden und zerstrittenen russländischen Exilgruppen in einem straff geführten antikommunistisch-antisowjetischen Block zusammenzuschließen und für die Ziele des Hitlerregimes zu nutzen.* Zum Leiter der UDRÉ wurde Generalmajor Vasilii Viktorovič Biskupskij (1878–1945)²¹ Der ehemalige hochrangiger Funktionär der deutsch-russischen *Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung WAV (1920–1924)*²², eine Vertrauensperson von Reichsführer SS Heinrich Himmler Seine beiden Stellvertreter Sergej Taborickij (*Leiter der Vertrauensstelle für Russische Flüchtlinge* und NSDAP-Mitglied) und Petr Nikolaevič Šabel'skij-Bork (Popov) gehörten ebenfalls zu den führenden Figuren der unheiligen Allianz russischer und deutscher Faschisten in der Weimarer Republik.

Die faschistischen russländischen Emigranten einte damals zwar Antikommunismus und Antisemitismus mit der frühen Nazibewegung. Aber nach dem gescheiterten Hitlerputsch 1923 und dem größer gewordenen Einfluss der NSDAP wurden die Differenzen zwischen bei-

den Parteien markanter. In der zweiten Hälfte der 20er Jahre hatte die Nazibewegung unter Hitler beachtliche Wahlerfolge erreicht aber auch, einige grundlegende Positionen gegenüber dem russländischen Emigrantenfaschismus verändert. *Es ging jetzt nicht mehr nur um die Beseitigung der bolschewistisch-kommunistischen Herrschaft in der UdSSR, sondern um die Schaffung eines »Großdeutschen Reiches«, das nicht nur Ost- und Westeuropa, sondern auch das gesamte eurasische Territorium der Sowjetunion umfassen sollte.* Das hatte Hitler in seiner programmatischen Schrift *Mein Kampf* deutlich ausgesprochen.²³ Die Führer des russländischen Emigrantenfaschismus wollten den Sturz der Sowjetmacht mit Unterstützung Hitlerdeutschlands, aber zugleich ein monarcho-faschistisches Regime in der UdSSR errichten. Biskupski musste seit Anfang der 30er Jahre zur Kenntnis, das seine Mitstreiter in den frühen 20er Jahren, die nun im Außenpolitischen Amt (APA) der NSDAP wesentlichen Einfluss besaßen, zunächst kein Interesse an Zusammenarbeit mit ihm und seinen russländischen Gesinnungsgenossen von damals mehr hatten, solange diese nicht Hitlers expansives »Lebensraum«-Programm akzeptierten, das ein eigenständiges Russland ausschloss. Rosenberg als Leiter des APA und sein Stellvertreter Schickedanz, die mit ihm in der deutsch-russischen *Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung WAW* 1920–1924 eng verbunden waren, hatten vorerst für den russischen General keinen Verwendungszweck. Er wurde erst als Vertrauensmann Himmlers im Mai 1936 mit der Leitung der Angelegenheiten der russländischen Emigranten betraut und versuchte nunmehr deren politische und ideologische Gleichschaltung im Interesse des Naziregimes durchzusetzen.²⁴ Biskupskij schlug Himmler schon im Juni 1936 vor, RNSD und RNOD zu vereinigen.²⁵ Der Gestapo-Lagebericht 1937 stellte fest, dass die RNSD unter Oberst Skalon »heute als die führende politische Organisation der russischen Emigration in Deutschland anzusehen (ist)«. Aber der RNSD sei noch nicht gelungen, »den Großteil der in Deutschland lebenden russischen Emigranten zu erfassen.« Sie müsse erst noch »durch propagandistisch wertvolle Arbeit an Vertrauen gewinnen.«²⁶ Im Gestapo-Bericht 1938 konnte lediglich konstatiert werden, dass die Emigrantenorganisation von Meller-Zakomel'skij (*Verein für russische kulturpolitische Studien*) dem RNSD beigetreten sei. Aber mit der Verlagerung der RNSD-Zentrale nach Berlin und der Ausweitung auf das inzwischen okkupierte Österreich wurde der Ausbau ihrer Monopolstellung unter den russischen Emigranten erhofft.²⁷

Der vom deutschen Naziregime unterstützte Versuch, die politischen Parteien und militärischen Organisationen des russländischen Emigrantenfaschismus zu vereinen und gleichzuschalten, brachte zunächst Erfolge. Am 18. Mai 1938 in entstand in Berlin eine überregionale Organisation – die *Nationalen Front des Russländischen Auslandes* RZNF (Rossijskij Zarubežnyj Nationalnyj Front). Zu ihr gehörten die RNSD (N. D. Skalon), der *Allrussischer Faschistische Bund* VFZ in der japanisch besetzten Mandschurei und China (K. V. Rodzajevskij, die *Russländische völkisch-imperiale Bewegung* RND (*Rossijskoe narodno-imperskoje dviženie*) in Bulgarien (Solonevic 1891–1951)²⁸ und der *Russische Nationale Bund der Kriegsteilnehmer* RNSUV²⁹ (General A. V. Turkul 1892–1957)³⁰. Beschlossen wurde, die wichtigsten Presseorgane dieser Organisationen (*Signal* – N. V. Pjatnickij in Paris, *Vestnik NRSD* – Meller-Zakomel'skij in Berlin, *Nacija* G. V. Taradanov in Charbin, *Golos Rossii* – I. L. Solonevic, *Naša gazeta* – Levašov in Sofia) enger zu koordinieren.³¹

Zum 20. Jahrestag Russländische Revolution 1917–1923 fand unter Regie der *Verwaltung der Angelegenheit der russischen Emigration* vom 12. bis 16. Oktober 1937 in Berlin eine Veranstaltung von Vertreter des russländischen Emigrantenfaschismus statt. Gekommen waren Delegierte des *Bundes Russländischer Faschisten* SRF (*Japan*), des *Russischen Nationalbundes der Kriegsteilnehmer* RNSUV (*Frankreich*), der *Russische Nationale und Soziale Bewegung* RNSD (Deutschland), der Europavertreter des *Bund der Kosaken im Fernen Ostens* unter Ataman Semjonov (Igor Konstantinovič Sacharov), die Gruppe um I. L. Solonevič sowie hochrangige Führer der Russischen Orthodoxen Auslandskirche (Metropolit Anastasij/Gribanovskij, Erzbischof von Berlin und Deutschland Tichon, Vorsitzende der Berliner Gemeinde S. Solodovnik). Auch der Gründer und einstige Führer der faschistoiden *Schwarzhunderter*, *Nikolaj Evgenevič Markov* (1866–1945)³², war gekommen. Er machte in seinem Vortrag »Die russische Revolution und ihre dunklen Kräfte« für den Sturz des Zarismus die Juden verantwortlich, verunglimpfte die Ermordung der Zarenfamilie 1918 als »jüdischen Ritualmord«, kennzeichnet den Bolschewismus als eine Form »jüdisch-freimaurerischer Herrschaft«. Er hob in seiner Rede hervor: Der Kampf gegen das Judentum sei nicht nur möglich, sondern auch notwendig. Gerade das habe Adolf Hitler mit seinen Taten vorgemacht und bewiesen.³³ Im ihrem Jahresbericht 1938 stellte die Gestapo fest, dass das Projekt aus der

Sicht des RNSD noch nicht in die Wirklichkeit umgesetzt werden konnte. *Das deutsche Naziregime war außerstande, die zerstrittenen Emigrantengruppen außerhalb Deutschlands zu kontrollieren und für seine Zwecke auszurichten.* Wahrscheinlich war dass der Grund für Auflösung der der RNZF Anfang 1939.³⁴

Im Einflussbereich Nazideutschlands befand sich zu dieser Zeit eine ebenfalls schon in den 20er Jahren entstandene faschistische Organisation Emigranten. Der *Nationale Arbeitsbund der Neuen Generation* NTSNP (Vors. V. M. Bajdalakov, Sekretär M. A. Georgijevskij, 3000 Mitglieder)³⁵, der in 17 Ländern Europas und Asiens, u. a. in Deutschland (S. A. Subbotin. Berlin, München, Dresden), Österreich (E. I. Rauner), Tschechoslowakei (D. V. Brunst, seit 1940 S. I. Bevat, Prag, Brno und Bratislava) Estland (S. A. Chodorovskij; seit 1940 L. D. Matvetjev in Tallin, Narva, Tartu) Lettland (Z. I. Pinus-Pinocii, seit 1940 G. V. Verannikov), Polen (A. E. Vjurgler), Jugoslawien (E. I. Mamukov, seit 1941 B. G. Andrejevskij), Bulgarien (D. M. Zavžalov), Rumänien (V. M. Katrenko), Ungarn (A. A. Zasenka) Frankreich (Herzog S. N. Leuchteburgskij, seit 1941 V. D. Poremiskij).³⁶

Militärisches Potential des Emigrantenfaschismus

Von den über 2 Mio. Flüchtlingen aus dem Russischen Reich gehörten 250.000 Soldaten und Offiziere den weißen Armeen an. Sie hatten samt ihrer deutschen, französischen, britischen, nordamerikanischen und japanischen Verbündeten zwischen 1918 und 1922 die Sowjetrepubliken Russland, Ukraine, Weißrussland sowie der Kaukasiens, Mittelasiens, Sibiriens und des Fernen Ostens verlassen und Exil in Europa, Asien, Afrika, Amerika und Australien Zuflucht gefunden.

Die in Südrussland kämpfenden weißen Verbände (63.800 Mann) unter General *A. I. Denikin* (1872–1947)³⁷ wurden von der Roten Armee im Frühjahr 1920 auf die Halbinsel Krim zurückgedrängt. Dort formierte General *P. N. Baron von Vranghel* (1878–1928)³⁸ im April 1920 aus den zerschlagenen Verbänden die *Russische Armee* (September 1920 160.000 Mann)³⁹ und errichtete auf der Krim eine »Regierung Südrusslands«. Unterstützt von britischen und französischen Interventionstruppen evakuierte Vranghel seit November 1920 145.693 Personen (darunter etwa 60.000 Offiziere, Soldaten, Matrosen und Kosaken) seines verloren gegangenen Herrschaftsbereichs auf 123 Schiffen in den europäischen Teil des Osmanischen Reiches (Türkei). Er und Stabschef *P. N. Šatilov* reorganisierte die *Russischen Armee* in Lagern und Kasernen auf der osmanischen Halbin-

sel Gallipoli/türk. Gelibolu, an der 90 km langen Dardanellenbucht (1. Armeekorps: A. P. Kutepov), auf der Insel Lemnos (Korps der Don- und Kubankosaken: F. F. Abramov und V. G. Naumenko) und auf dem französischen Marinestützpunkt Bizerda (Konteradmiral M. A. Berents, 60 Kriegsschiffe, 5.400 Flüchtlingen).⁴⁰ Im Februar 1921 verfügte die exilierte *Russische Armee* über 48.312 Mann, 130 Kriegsschiffe, 350 Geschütze und 45.000 Gewehre. Diese noch weitgehend intakten Verbände wurden zunächst von der französischen Regierung finanziert und waren für eine Neuauflage der Militärintervention gegen Sowjetrußland vorgesehen. Bis Ende 1921 wurden diese Verbände vor allem in Kasernen Bulgariens (17.300 Mann) und in das Königreich Kroatien, Serbien und Slowenien (18.200) erneut evakuiert. Die in Bulgarien stationierten Verbände waren maßgeblich am Sturz der linken Bauernregierung Alexander Stambolskij (Juli 1923) beteiligt.

Vranghel knüpfte Verbindungen zu Militärorganisationen der russischen Emigranten auf allen Kontinenten und gründete am 1.9.1924 im Sremski Karlovice (Königreich Serbien, Kroatien und Slowenien) den *Russischen Allgemeinen Militärbund ROVS* (Russkij Obščevoiniskij Sojuz).⁴¹ Ihm gehörten damals die 100.000 Mann an, 1937 nur noch 30.000.⁴² Großfürst Nikolai Nikolajevič Romanov übernahm das Oberkommando der russischen Emigrantenarmee. Die sowjetische Regierung versuchte die Flüchtlinge zur Rückkehr zu bewegen. Bereits 1921 kehrten 121.843 Emigranten in ihre Heimat zurück, 1922–1923 allein von den 35.000 russischen Flüchtlingen in Bulgarien 14.000, darunter 7.320 Soldaten und Offiziere.⁴³ Ziel des ROVS war zunächst das staatssozialistische Herrschaftssystem in der UdSSR zu beseitigen und das zaristische System wiederherzustellen. Dazu waren alle Mittel recht – angefangen von Spionage und Terrorakten bis hin zur direkten Unterstützung eines Krieges europäischer kapitalistischer Mächte gegen die UdSSR. Die 1927 gegründete ROVS-Untergrundorganisation *Bund Nationaler Territorien SNT* bestand aus militärischen Kampfgruppen unter V. A. Larionov, S. N. Solov'ov und D. Monachov. Sie organisierte illegale Agentennetzwerke in der UdSSR und zahlreiche terroristische Anschläge und Sabotageakte vor allem in Moskau und Leningrad. ROVS-Gruppen beteiligten sich an den Bürgerkriegen in Spanien und China, am sowjetisch-finnischen Krieg 1939/40 und vor allem am deutschen Vernichtungskrieg gegen die UdSSR 1941–1945. Der Organisation der emigrierter russländischen Mi-

litärs gliederte sich vor Beginn des II. Weltkrieges in 11 Abteilungen (1938):

I Großbritannien, Frankreich, Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Polen, Schweiz, Ägypten, Syrien, Persien (Iran)

II Deutschland, Freie Stadt Danzig, Österreich, Ungarn, Litauen, Lettland, Estland

III Bulgarien, Türkei

IV Jugoslawien, Rumänien, Griechenland

V Belgien

VI Tschechoslowakei

VII Mongolei

VIII Nordamerika(USA)

VIII Südamerika (seit 1930, Vors. Generalmajor N. F. Ern;

Filialen 1920 Uruguay/Prof. G. A. Macylev,

1931 Argentinien/Oberst A. N. Efremov,

1932 Brasilien/Generalmajor L. Ivanov)

IX. Australien und Neuseeland.⁴⁴

Als Vrangal 1928 in Brüssel verstarb, übernahm General *Aleksander Pavlovic Kutepov (1892–1930)* den Vorsitz der Militärorganisation. Sein Nachfolger wurde Evgenij Karlovič Miller (1867–1937).⁴⁵ Ihm folgten Fjodor Fjodrovič Abramov (1937–März 1938) und Aleksej Petrovič Archangel'skij (1938–1957).⁴⁶

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung und ersten Schritten Nazideutschlands auf einen neuen Weltkrieg kam es zu grundlegenden Veränderungen der militärischen Emigrantenorganisation. Der *Russische Nationalbund der Kriegsteilnehmer RNSU* General A. V. Turkul hatte schon 1937 seine militärische Formation aus der I. Abteilung der ROVS in Frankreich herausgelöst und sich in Deutschland niedergelassen. Ein Jahr später trennte sich auch deutsche-Abteilung (II) unter Generalmajor A. A. von Lampe (1885–1967)⁴⁷ vom belgischen Stabsquartier in Brüssel, benannte sich um in *Vereinigung Russischer Militärverbände OVRS* (Ob'jedinenie Russkich Voinskich Sojuzov) und unterstellte sich ebenfalls der 1936 geschaffenen nazideutschen *Verwaltung der Angelegenheit der russischen Emigration UDRÉ*. Mit der Besetzung Österreichs, der Tschechoslowakei, Polens, Belgiens, Jugoslawiens und Bulgariens wurden bis Mai 1941 die ROVS-Verbände dieser Länder ebenfalls der Zentrale in Berlin unterstellt. Auch ein großer Teil der aus Russland emigrierten Kosakenverbände in den von Deutschland okkupierten Staaten, in der Tschechoslowakei, Polens, Ungarn, Bulgariens, Jugoslawien und Deutschlands stellten ihr militärisches Potential für den Krieg gegen die UdSSR zur Verfügung.⁴⁸

Mitte August 1939, nach den gescheiterten sowjetisch-französisch-britischen Verhandlungen um ein politisches-militärisches Bündnis gegen Nazideutschland, ging der sowjetische Regierungschef und Außenminister Vjaceslav Molotov auf das nazideutsche Angebot eines Nichtangriffspaktes ein. Die Sowjetunion wünsche, so Molotov in den Verhandlungen mit dem deutschen Botschafter in Moskau am 17. August 1939, den Abschluss eines Nichtangriffspaktes oder die Bestätigung des deutsch-sowjetischen Neutralitätspaktes von 1926. So kam es am 23. August 1939 zum Abschluss des Nichtangriffspaktes unmittelbar vor dem Beginn des zweiten Weltkrieges. Stalin versuchte zunächst, sein Land aus dem Krieg zwischen den kapitalistischen Großmächten herauszuhalten. Der Nichtangriffsvertrag (23. August 1939) und der Freundschaftsvertrag (28. September 1939) zwischen Deutschland und der UdSSR bedeuteten jedoch noch keinen Strategiewechsel des Hitlerregimes, denn es entschied, vorerst die deutsche Vorherrschaft über West- und Osteuropa zu errichten. Hitlers Angebot an Molotov im November 1940 dem faschistischen Dreierpakt Berlin-Rom-Tokio (September 1940) beizutreten war deshalb nur ein Ablenkungsmanöver Hitlers.⁴⁹ Die Ereignisse seit August 1939 hatten zunächst eine ernüchternde Wirkung auf den russländischen Emigrantenfaschismus, vor allem in Deutschland und Japan. Das Naziregime löste jedoch ungeachtet der engen politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR die noch bestehenden Organisationen und Presseorgane der russländischen Faschisten nicht auf, ließ aber vorerst auch keinerlei öffentliche antisowjetische Bekundungen mehr zu. Da die Vorbereitungen des militärischen Überfall auf die UdSSR unter äußerster Geheimhaltung stattfanden, ist wenige bekannt über das Wirken der russländischen Faschisten zwischen August 1939 und Juni 1941 in Deutschland und in nazibesetzten besetzten Gebieten West- und Osteuropas. Erst Sommer 1941 schien die große Stunde des russländischen Emigrantenfaschismus gekommen zu sein.

Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe

1 Vgl. Karl-Heinz Gräfe: Russischer Emigrantenfaschismus in Deutschland zwischen 1920–1933, in: Rundbrief BAG Antifaschismus der Partei Die LINKE, 1/2018, S. 28–35.

2 H. Pelchau alias Andrej Svetozarov kämpfte während der Bürger- und Interventionskrieges auf Seite der weißen Armee in Südrussland und wurde danach deutscher Staatsbürger und NSDAP-Mitglied.

3 Pavel Michailovič Avalov-Bermond, Oberst in der Zarenarmee, trat

- 1916 für einen Separatfrieden mit Deutschland ein, kämpfte 1919 mit seiner Russischen Westarmee (15.000 Mann) gemeinsam mit den deutschen Freikorpsverbänden (Generalkommando Baltikum) unter General von der Goltz (40.000 Mann) gegen Sowjetrußland und die Litauisch-belorussische Sowjetrepublik. Der selbsternannte Fürst und Generalmajor (1919), seit 1921 in Deutschland, hatte enge Beziehungen zum Reichsführer SS Heinrich Himmler. 1941 emigrierte er in die USA, wo er 1973 verstarb.
- 4 Vgl. Denis Jdanoff: »Russische Faschisten«. Der nationalsozialistische Flügel der russischen Emigration im Dritten Reich, Digitale Ost-europabibliothek: Geschichte 3 (2003), S. 50–54.
 - 5 A. V. Meller-Zakomel'skij (A. Mel'ski), Sohn eines russischen Großgrundbesitzers, diente als Stabs-Rittmeister in der Vrangel-Armee Er gehört zu den führenden nazideutschen Kollaborateuren und Hauptideologen der russischen faschistischen Bewegung (*Die schreckliche Frage. Über Rußland und die Juden*, Paris 1923, *Quellen des Großen Hasses. Abriss der jüdischen Frage*, Berlin 1942), 1977 im Exil in Barcelona verstorben.
 - 6 Vgl. A. V. Okorokov; Fašizm i ruskaja èmigracija (1920–1945 gg), Moskva 2002. S. 333–348; Denis Jdanoff: Russische Faschisten. Der nationalsozialistische Flügel der russischen Emigration im Dritten Reich, S. 50 ff.
 - 7 Zitiert und vom Verfasser übersetzt nach *Probuždenie Rossii. Golos RONDa* vom 30.8.1933 (abgedruckt in A. V. Okorokov: Fašizm i ruskaja èmigracija, Anlage 2, S. 359 f, hier S. 360).
 - 8 Vgl. ebenda. S. 361.
 - 9 Zitiert nach Denis Jdanoff: Russische Faschisten S. 64.
 - 10 Ebenda, S. 65.
 - 11 Zitiert nach ebenda, S. 66.
 - 12 Der Sohn eines Gendarmerie-Oberst nahm nach dem Besuch einer Kavallerieschule 1916–1918 als überzeugter Monarchist an Seiten der Weißen am Bürgerkrieg teil. Er emigrierte 1920 in die Türkei, 1921 über Paris und London in die USA, wo er 1922 mit seiner Frau auf deren Landsitz in Thompson (Connecticut) zog. Er wurde 1927 US-Staatsbürger und 1930 Leutnant der Reserve. V. gründet 1933 die *All-russische Faschistische Partei* VFO, die dem *Amerikadeutschen Bund* nahestand. 1942 wurde er als deutscher Agent zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, aber bereits 1946 von Präsident Truman freigelassen.
 - 13 Russländische Emigranten gründeten unter Aleksandr Kazem-Bek 1923 in München den antisemitischen klerikal-monarchistische *Bund Junges Rußland* (1925 umbenannt in *Bund Junger Rußländer* mit Sitz in Paris, 1934 *Partei der Jungen Rußländer*). Die Bewegung, die sich anfänglich an italienischen und deutschen Faschismus orientierte, war weitgehend auf die russländischen Emigration in Frankreich begrenzt (etwa 3.000 Mitglieder), besaß 1931 u. a. in Jugoslawien und in der Tschechoslowakei Filialen. Im 2. Weltkrieg unterstützten Teile der *Partei* die französische Resistance. Kazem-Bek kehrte 1956 aus den USA in die UdSSR zurück und wurde Sekretär des Patriarchen der Russischen Orthodoxen Kirche und Mitarbeiter des Journals des Moskauer Patriarchen Vgl. *Nikolai Ustrlavov: Nacional-Bol'shevizm, Moskva 2003*.
 - 14 Zitiert nach Denis Jdanoff: Russische Faschisten, S. 67f. Die Auflösungsverordnung veröffentlichte »*Wolff's Telegraphisches Büro*« Nr. 2362 vom 28. September 1933, *der Berliner Generalanzeiger* vom 28.9.1933, und das ROND-Pressorgan *Probuždenie Rossii. Golos RONDa*.
 - 15 Vgl. A. V. Okorokov; Fašizm i ruskaja èmigracija (1920–1945 gg), S. 335–356
 - 16 Vgl. Denis Jdanov: Russische Faschisten S. 70.
 - 17 Zitiert und aus dem Russischen vom Verfasser übersetzt nach Parteiprogramm von PRO-NRSD, in: V. Okorokov: Fašizm i ruskaja èmigracija, Anlage 3, S. 361–368, hier S. 362.
 - 18 Rodzajevskij floh nach Abschluss seiner Schulbildung im sowjetischen Blagovešensk in das benachbarte Charbin, wo er an Juristischen Fakultät studierte. 1935 wurde er Vorsitzender der *All-russischen Faschistischen Partei VFP (seit 1937 Russländische Faschistische Bund RFS)*. 1946 wurde er in der UdSSR als japanischer und deutscher Kollaborateur zum Tode verurteilt und hinge-
- richtet. Versuche rechter Politiker Russlands diese faschistische Führungsgruppe zu rehabilitieren, lehnte das Obersten Gericht der Russischen Föderation 1997 und 1999 ab. Sein Hauptwerk *Die gegenwärtige Jüdisierung der Welt oder die Jüdische Frage im 20. Jahrhundert* erschien 1943 in Charbin und 2001 als Neuauflage in Rußland (Konstantin Rodzaevskij: Zaveščanie ruskogo fašista, Moskva 2001, S. 17–394 und S. 505–509).
- 19 Zu den widerstreitenden Kräften innerhalb der russländischen Faschisten in Nazideutschland vgl. Denis Jdanov: Russische Faschisten, S. 70 ff; Okorokov: Fašizm i ruskaja èmigracija, S. 343 ff.
 - 20 Zitiert und vom Verfasser übersetzt nach *NRSD Rossijsko nacional'noe i social'noe dviženie. Mirozrenie, organizacija i taktika, in: Okorokov: Fašizm i ruskaja èmigracija*, S. 368–377, hier S. 368, 372 und 377.
 - 21 Vasilii Viktorovič Biskupuskij (1878–1945), Sohn des zaristischen Vizegouverneurs von Tomsk, Offizier und Geschäftsmann, 1916 Generalmajor, 1918 Befehlshaber der Streitkräfte des ukrainischen Ataman Skoropadskij, 1919 Chef der »Russischen Westregierung« in Berlin, Teilnehmer an den Putschen von Kapp (1920) und Hitler (1923), Mitbegründer und Stellvertreter der völkisch-faschistischen *Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung*, seit Mai 1936 Leiter der *Verwaltung für Angelegenheit russischer Emigranten UDRÉ*
 - 22 Vgl. Karl-Heinz Gräfe: Russischer Emigrantenfaschismus in Deutschland zwischen 1920–1933, in: Rundbrief BAG Antifaschismus der Partei Die LINKE, 1/2018, S. 31–32.
 - 23 Hitler bestimmte als zentrales außenpolitisches Ziel die Gewinnung von sog. Lebensraum im Osten: »Wenn wir aber heute in Europa von Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanenen Randstaaten denken.« Deutschlands Kampf um die Weltherrschaft werde durch den Besitz des russischen Raumes entschieden: »er macht Europa zum blockadefesten Ort der Welt.« (Adolf Hitler: Mein Kampf, Bd. 2, München 2015, S. 1657 und 1657.
 - 24 Vgl. Denis Jdanov: Russische Faschisten, S. 78–80.
 - 25 Vgl. ebenda, S. 80.
 - 26 Zitiert nach ebenda, S. 81.
 - 27 Zitiert nach ebenda, S. 82 f.
 - 28 Zum Wirken und zur Programmatik vgl. O. K. Antropov, Tretji putj, S. 343–402; A. V. Okorkov Fašizm i ruskaja èmigracija, S. 392–444.
 - 29 vgl. A. V. Okorkov Fašizm i ruskaja èmigracija, S. 378–383.
 - 30 Turkul nahm als Stabskapitän am 1. Weltkrieg teil. In der Vrangel-Armee kommandierte er als Generalmajor die Drozdovskij-Division. Er gehört zu jenen weißgardistischen Offizieren, die sich aktiv am Krieg Nazideutschlands gegen die UdSSR beteiligten. T. war aktiv am Aufbau der Vlassov-Armee, der sog. Russischen Befreiungsarmee (ROA) beteiligt und kommandierte eine Kosakenbrigade. Er fand in Westdeutschland Asyl (München), wo er 1957 starb. Zur Rolle des RNSUV vgl. A. V. Okorkov Fašizm i ruskaja èmigracija, S. 378–383.
 - 31 Vgl. Denis Jdanov: Russische Faschisten, S. 436–437.
 - 32 Der Großgrundbesitzer Nikolaj Evgenevič Markov II (1866–1945) war einer der Gründer des völkisch-faschistischen *Bundes des Russischen Volkes SNR*. Er erhielt vom Innenministerium die Genehmigung zur massenhaften Verbreitung des antisemitischen Fälscher-Dokumentes »*Protokolle der Weisen von Zion*«. Er gehört zu den radikalen Antisemiten und forderte die Vernichtung der Juden. Als Duma-Abgeordneter unterstützte er zaristische Gewaltaktionen gegen die Streikbewegung der Arbeiter (1912 auf den Lena-Goldfeldern, 1915 in Kostroma). Während des Bürgerkrieges 1918–1920 kämpfte M. in der Judentum-Armee. 1921 emigrierte er nach Deutschland und wurde auf dem *Allrussischen Kongress der Monarchisten* in Bad Reichenhall zum Vorsitzenden des Höchsten Rates (bis 1927) gewählt. 1933 trat in den Dienst des Naziregimes. 1935 erschien in Erfurt sein antisemitisches Machwerk *Der Kampf der dunklen Mächte*.
 - 33 Vgl. O. K. Antropov: Tretjij put', S. 515.
 - 34 Vgl. Denis Jdanov: Russische Faschisten, S. 89 f; Okorokov: Fašizm i ruskaja èmigracija, S. 30–35.
 - 35 Diese Organisation entstand aus der Vereinigung zweier russischer Emigrantengruppen in Bulgarien und Jugoslawien zum *Nationalen*

- Bund der Russischen Jugend NSRM*. Er wurde 1931 umbenannt in *Nationaler Bund der Jungen Generation NSNP*, 1936 in *Nationaler Arbeitsbund der Neuen Generation NTSNP* bzw. NTS. Vgl. A. V. Okorkov *Fašizm i ruskaja émigracija*, S. 445–470.; O. K. Antropov, *Tretji putj*, S. 441–450.
- 36 Zur Programmatik, Struktur und Tätigkeit des NTSNP vgl. Okorokov: *Fašizm i ruskaja émigracija*, S. 445–473, Anlagen 1–3).
- 37 1917 Generalstabschef, Befehlshaber der nordkaukasischen Freiwilligenarmee (1918) und der weißen Verbänden in Südrussland (1919). Von der Roten geschlagen, floh er mit den Resten seiner Truppen im März 1920 auf die Krim und übergab sie General Vranghel. Danach emigrierte nach Frankreich und in die USA. Er verurteilte jedwede Kollaboration der russländischen Emigranten mit Nazideutschland
- 38 Der baltische Baron kommandierte seit November 1919 die weiße *Freiwilligenarmee*, seit April 1920 die *Russischen Armee* auf der Krim, die er mit er mit Unterstützung Großbritanniens und Frankreichs im November 1920 in die Türkei evakuierte. 1922 emigrierte er mit seinem Stab in das *Königreich Serbien Kroatien Slowenien* und gründete dort 1924 die ROWS. 1927 übersiedelte er nach Belgien, wo er ein Jahr später starb.
- 39 Im April 1920 befanden sich 160.000 Mann der südrussischen weißen Verbände (davon 50.000 an der Front), Im Oktober 1920 nur noch 40.000 (davon 19.000 im Frontgebiet). Vgl. https://ru.wikipedia.org/w/index.php?title=Russkaja_armija_Vtrangelja&oldid=94542337, 15. August 2018; *Vospominle generala barona P. N. Vrangelja*, tom 2, Moskva 1992, S. 433.
- 40 Die Militärbasis der ROVS in Tunesien wurde 1924 von der französischen Regierung aufgelöst. Ein Teil der Flotte wurde der UdSSR übergeben Vgl. O. K. Antropov: *Rossijskaja emigracija v poiskach političeskogo ob'edinieja (1921–1930)*, Moskva 2008, S. 22–23; M. Jovanovic: *Russkaja emigracija na balkanach 1920–1940*, Moskva 2005, S. 25–26; Bizerda i gibel'eskadrey: https://ru.wikipedia.org/w/index.php?title=Russkaja_estrkadra&oldid=91490667, 13. März 2018.
- 41 Zur Herausbildung und zum faschistischen Charakter der Militärorganisation ROVS vgl. V. F. Eršov: *Rossijskoe voenno-politiceskoe zarubez'e v 1921–1939 gg.*, Moskva 1996; O. K. Antropov: *Tret'ji putj*, S. 402–440; S. I. Drobjazko: *Pod znamenami vruga. Antisovetskie formirovanija v sostav germanskich vooružennych sil 1941–1945*, Moskva 2004; V. I. Goldin: *Rokovoj vybor. Russkoe voennoe zarubež'e v gody Vtoroj mirovoj vojny*, Archangel'sk, Murmansk, Solty 2005; ders.: *Soldaty načuzbie. Russkij Obščevoiny Sojuz, Archangel'sk*, Soldy 2006; J. S. Curganov: *Beloemigranty i vtoraja mirovaja vojna. Popytka revanša 1939–1945*. Moskva 2010; Oleg Gončarenko: *Izgnanaja armija, Polevaja voennaja émigracijija. 1920–1970gg.*, Moskva 2012.
- 42 Vgl. *Političeskaja Istorija ruskaj émigracii. 1920–1940gg. Dokumenty i materialy*. Pod. Red. A. F. Kiseleva, Moskva 1999, S. 7; J. S. Curganov: *Beloémigranty i vtoraja mirovaja vojna*, S. 16.
- 43 O. K. Antropv: *Rossijskaja emigracija v poiskach političeskogo ob'edinieja (1921–1939)*, S. 110–112.
- 44 J. S. Curganov: *Beloémigranty i vtoraja mirovaja vojna*, S. 12–15.
- 45 Der in Dünaburg 1967 geboren baltendeutsche Adlige absolvierte ein Kadettenkorps, die Kavallerieschule und die Akademie des Generalstabs. Der 1909 zum General beförderte Miller leitete im 1. Weltkrieg den Stab der 5. Armee und kommandierte das 26. Armeekorps. Die britischen und französischen Verbündeten setzten ihn 1919 als Gouverneur der russischen Nordgebiete und zum Oberkommandierenden der Nordarmee (20.000 Mann) ein. Er wurde vom sowjetischen Geheimdienst 1937 nach Moskau entführt und 1939 hingerichtet.
- 46 Die 1924 gegründete Militärorganisation überlebte den II. Weltkrieg und den Kalten Krieg. Sie wurde seit 1996 wieder offiziell zugelassen. Major Igor Borisovič Ivanov ist seit 2000 ROVS-Vorsitzender. Unter seiner Führung wurde 2014 eine militärische Gruppe in die Ostukraine geschickt, die die Separatisten der »Volksrepublik Doneck« unterstützt. Vgl. https://ru.wikipedia.org/w/index.php?title=Russkij_obščesevoijskij_sojuz&oldid=94090517, 20. Juli 2018.
- 47 Aleksej Aleksejvič Lampe arbeitete im I. Weltkrieg als zaristischer Offizier im Stab der des 18. Armeekorps und wurde 1917 Quartiermeister der 8. Armee. Während des Bürgerkrieges war er Leiter der operativen Abteilung der Vranghel-Armee, Vertreter der sog. Russischen Armee (im Exil) in Dänemark, Ungarn und Deutschland. 1924 übernahm er die Deutsche Abteilung (II) der ROVS (II) und war eine der führenden weißen konterrevolutionären Militärführer, der die militärische Eroberung und Besetzung der westlichen Gebiete der UdSSR durch Nazideutschland maßgeblich unterstützte. 1945 flüchtete er in die französische Zone, 1946–1950 lebte er in München und danach bis zu seinem Tod in Paris dort Leiter ROVS von 1957 bis zu seinem Tod 1967.
- 48 Vgl. J. S. Curganov: *Beloé émigranty i vtoraja mirovaja Vojna*, S. 48–72.
- 49 Vgl. Kar-Heinz Gräfe: *So werden Kriege gemacht. Das Schicksalsjahr 1939: Weg in den Zweiten Weltkrieg*, Berlin 2014, S. 46–57.

Alternativen waren und sind möglich.

Günter Benser blickt auf »Die vertanen Chancen von Wende und Anschluss« zurück

Unter den Historikern der DDR gehörte Günter Benser (geb. 1931) zu den bedeutendsten. Er verfasste Monographien und gab Quelleneditionen zur Geschichte der kommunistischen Partei und Bewegung in Deutschland heraus und publizierte zur Arbeiterkultur, in deren Milieu er aufwuchs. Für sein in der DDR entstandenes Schaffen wurde Benser, der heute noch u.a. für den Förderkreis Archive und Bibliotheken der Geschichte der Arbeiterbewegung tätig ist, mit dem Nationalpreis der DDR ausgezeichnet. Nach »Wende und Anschluss«, wie er das Zustandekommen der deutschen Einheit zuspitzt, setzte er sich mit der Geschichte der DDR und ihrer »Abwicklung« auseinander, die er am Schicksal des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA) und dessen Auflösung durch die »Treuhand« 2013 dokumentierte.

Zu Beginn des Jahres 2018 erschien in der »edition ost« seine rückblickende Betrachtung und Bewertung des Umbruchprozesses in der DDR und der Entwicklungen und politischen Entscheidungen, die schließlich am 3. Oktober zum Beitritt der inzwischen wieder ins Leben gerufenen Länder der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 GG führten. Dabei erinnert Benser immer wieder an die getroffenen Richtungsentscheidungen, die häufig mit einer Alternativlosigkeit begründet wurden. Dass es stets auch andere Handlungsoptionen gab, entrückt mehr und mehr dem kollektiven Gedächtnis, das Benser auffrischen möchte. Und in der Tat wäre eine deutsche Einheit über eine gemeinsame Verfassungsdiskussion und Verfassungsgebung nach Artikel 146 möglich gewesen: »Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist«. Dass es nicht zu diesem Weg zur Einheit kam beruht letztlich auf politischen Entscheidungen, deren Folgen im Buchtitel mit »vertanen Chancen von Wende und Anschluss« zum Ausdruck kommen, wobei durchaus der Akzent auf »Anschluss« gelegt werden dürfte.

In 18 Kapiteln geht Benser auf Schlüsselsituationen, Stimmungen und fundamentale Probleme ein, die den Weg zur staatlichen Einheit begleiteten oder strukturierten. Dabei blickt er aus heutiger Problemsicht zurück, wenn er die vorhandenen sozialen Spaltungen zwischen Arm und Reich oder zwischen Ost und West betrachtet und die stärkere Zugänglichkeit vieler Ostdeutscher für rechtspopulistische oder noch schlimmere Scheinlösungen analysiert. Dass die Einheit gelungen sei, bestreitet er aus der Sicht eines Ostdeutschen und ehemaligen DDR-Bürgers: »Das ist ein Irrtum. Die Vorgänge haben im Osten Wunden gerissen. Diese sind noch lange nicht vernarbt, sie sind offen. Und werden es auch bleiben, solange keine andere Politik betrieben wird«. Er will, wie er schreibt, auch keinesfalls »eine tatsächengestützte Realität gegen eine gefühlte Realität« austauschen (S. 13), sondern erörtern, was hätte werden können, hätte in der politischen Auseinandersetzung nicht von vornherein die Formel der »Alternativlosigkeit« mögliche Alternativen verhindert. Einigen Kapiteln stellt er deshalb Zitate voran, die genau diese Tendenz einschlagen und die Möglichkeiten, die eine Integration wirklicher Vorzüge der DDR für einen Gestaltwandel der BRD zu einer ausgebauten sozialen Demokratie geboten hätten, ausloten, so etwa von Ossp K. Flechtheim, Peter Brandt, Matthias Platzeck, selbst von Helmut Kohl. Doch an dessen Politik zeichnet Benser nach, wie sich aus einem tastenden Voranbewegen in Richtung Einheit über konföderative Elemente (10-Punkte-Plan bzw. Hans Modrows Vorschlag einer Vertragsgemeinschaft) die Strategie einer schnellen Vereinnahmung entwickelte. Noch am 11. Februar 1990 hatte Kohl im ZDF erklärt: »Ich bin ganz und gar dagegen, eine Position einzunehmen, die auf Anschluss hinausläuft« (S. 46), so musste DDR-Ministerpräsident Modrow schon zwei Tage später ernüchert konstatieren: »Ich war [...] kein verantwortlicher Gesprächspartner mehr« (S. 51). In der Sache ging es um die Initiative der DDR-Regierung, einen Solidarbeitrag für einseitig von der DDR getragene Reparationen 10 bis 15 Milliarden DM zur Wirtschafts- und Währungsstabilisierung zu erbitten. Im Vergleich zu den seit

1990 geleisteten Transferleistungen an die beigetretenen Bundesländer, so Benser, ist dies eine bescheidene Summe. Selbst wenn die aufgestellte Rechnung eher optimistisch ausfallen dürfte, politische Gesten wie jene der Überlegenheit zeitigen ihre Folgen. Und Benser führt sie auf eine strategische Umorientierung der Bundesregierung in der zweiten Januarhälfte 1990 herum zurück, denn spätestens seit dem 28. Januar sei nachweisbar nicht mehr an dem Konzept einer Vertragsgemeinschaft gearbeitet worden, vielmehr haben der Stimmungsumschwung in der DDR und die anstehenden Volkskammerwahlen die Unionsparteien und den Kanzler zur Forcierung des Einheitsprozesses nach den eigenen Geschwindigkeitsvorstellungen veranlasst (S. 53–55). Kritische Stimmen seitens westdeutscher Intellektueller wie Jürgen Habermas blieben mehr und mehr ungehört. Und so scheiterte die Vorstellung, über einen vertraglich geregelten, auf längere Sicht angelegten Einigungsprozess könne es eine Synthese aus den besten Errungenschaften beider Modelle auf deutschem Boden geben. Und die Folgen sieht Benser bilanziert im Ergebnis der »Treuhand« und ihrer Arbeit: »Auf diese Weise hat die Treuhandanstalt am Ende der vierjährigen Amtszeit von Birgit Breuel, »aus 600 Milliarden Plus, von denen Detlev Karsten Rohwedder mal sprach, 256 Milliarden Minus gemacht«. Nach drei Jahren war die Anzahl der ostdeutschen Industriearbeitsplätze von 3,2 Millionen auf 760.000 geschrumpft« (S. 119). Die vollzogene Einheit vom 3. Oktober 1990 kommt für Benser einer »Sturzgeburt« gleich, die historische Volkskammerwahl vom 18. März beschleunigte dieses Szenario. Die Niederlage der Bürgerbewegungen und den Sieg der »Allianz für Deutschland«, deren Option die schnelle Einheit war, kommentierte Bärbel Bohley mit den Worten: »Die Mehrheit derjenigen, die eine Kolonialisierung woll-

te, hat gesiegt« (S. 81). Die vielen Situationen der Niederlagen, ich selbst weise auf Bischofferode hin, und die als Demütigung empfundenden politischen Entscheidungen, die aus der DDR stammende berechnete Forderungen manchmal auch brüsk und herablassend abwehrten, führten für Benser zu den heute feststellbaren Differenzen in den politischen Kulturen, nicht zuletzt kulminierend in der stärkeren Akzeptanz von AfD und Pegida. Das ist nichts Neues, und das behauptet Günter Benser auch gar nicht. Ihm geht es um die historische Aufarbeitung eines Prozesses, der ungleichberechtigt vonstatten ging und die Lebensleistungen vieler Ostdeutscher und somit ihr Selbstwertgefühl angriff. Auch die des Autors selbst.

Womöglich wähnt Diese oder Jener, es handele sich um ein weiteres Buch der Abrechnung mit der Einheit. Sicher nicht. Benser arbeitet mit Dokumenten und Fakten und platziert sie in den Ereignisketten. Insofern trifft eine solche Kritik nicht. Er rechnet auch nicht mit dem »Modell BRD« ab, sondern bringt seine Wertschätzung zum Ausdruck (S. 10). Entscheidende Fehler wurden im Vorhinein und auch 1989/90 in der DDR-Politik gemacht. In der DDR Sozialisierte werden ihn verstehen. Leser, die wie ich schon erwachsen waren, als die Einheit vollzogen wurde, sollten sich um Empathie bemühen. Jüngere sollten es vorbehaltlos lesen. Benser will kritisieren und zugleich zum Nachdenken anregen. Und er fordert dazu auf, jenseits aller Befindlichkeiten Neues zu wagen. Es gibt immer Alternativen.

Günter Benser: Die vertanen Chancen von Wende und Anschluss. Es bleibt eine offene Wunde oder: Warum tickt der Osten anders, Berlin 2018.

Dr. Holger Czitrich-Stahl

Erwin Lewin: KOCO TASHKO 1899–1984.

Ein politisches Leben in Albanien. (Biografische Annäherung), Berlin 2015

Es ist angezeigt, auf die schon vor einigen Jahren erschienene obige politische Biografie von Erwin Lewin – seine Forschungsgebiete sind die albanische Geschichte der Neuzeit und die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung – auch in diesem Rundbrief vorzustellen. Der Autor hatte bereits vordem wichtige Quellenpublikationen zum antifaschistischen Widerstand in Albanien vorgelegt. Zu nennen wären in diesem Kontext die Arbeiten »Antifaschistischer Widerstand in Albanien (1942–1943/44). Neue Quellen zu Akteuren und Zielen (2007), »Dokumente zum antifaschistischen Widerstand in Kosovo, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (2009)« sowie »Das II. ZK-Plenum der KPA 1944 – Versuch einer Wende in der Politik. Dokumentation 2014)«

Verdientermaßen hat die vorliegende biografische Abhandlung ein recht positives Rezensionsecho gefunden. Das Land Albanien ist für viele mit dem Namen Enver Hoxha, des von 1908 bis 1985 lebenden langjährigen kommunistischen Partei- und Staatsführers, verknüpft. Zu recht betont Lewin in seinen einleitenden Vorbemerkungen (S. 7 der Biografie), dass »die vielseitige jüngere Geschichte« dieses Landes »nicht nur den Stempel einer speziellen monistischen – jedes dualistische oder pluralistische Prinzip der Machtausübung ablehnenden Partei herrschaft, die mit Hoxhas Nahmen verbunden war«, trägt. Und Lewin weiter: »Aufschlussreiche Einblicke in die innere Entwicklung ergeben sich ebenso aus dem Wirken von Zeitgenossen, die in der Vergangenheit aus verschiedenen Gründen übergangen worden sind. Koco Kashko ist einer von ihnen« (ebenda), so Lewin weiter.

Zunächst einige wichtige Daten aus dem Lebensweg Koco Tashkos. Er studierte an der Bostoner Harvard-Universität im Fachbereich Verwaltung und Wirtschaft. 1921 schloss er sein Studium ab. In den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts kam er mit der linken politischen albanischen Emigration in Nordamerika und Europa in Kontakt. Als politischer Emigrant in den 1920er und 1930er Jahren in Wien und Berlin vermochte er über

die Kommunistische Balkan-Föderation Verbindung zur Komintern aufzunehmen. In deren Zentrum, in Moskau, erhielt er an der Internationalen Leninschule seine politische Ausbildung. Sie befähigte ihn, als Komintern-Vertreter wesentlich bei der Formierung einer eigenständigen albanischen Kommunistischen Partei mitzuwirken, einer der Einschnitte und Orientierungspunkte der Entwicklung der albanischen Gesellschaft. Hervorhebenswert ist auch seine aktive Mitwirkung am antifaschistischen Widerstandskampf. Für die Zeit nach 1945 steht der Protagonist für den demokratischen Wiederaufbau und den Versuch einer sozialistischen Umgestaltung Albaniens. Er war u. a. Sekretär des Antifaschistischen Nationalen Befreiungsrates und Leiter der Kommission für die Ausarbeitung der ersten Nachkriegsverfassung, Abgeordneter der Volksversammlung, Vorsitzender der Partei-, Kontroll-, und Revisionskommission sowie Botschafter in Moskau und Sofia. Nach dem Bruch der Führung der Partei der Arbeit mit der Sowjetunion und weiteren Mitgliedsstaates des Warschauer Vertrages in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts – Koshko war dagegen – geriet er in die Mühlen des stalinistischen Machtapparates. Er wurde aus der Partei ausgeschlossen. Bis kurz vor dem Ende seines Lebens, fast 25 Jahre, musste er in der Verbannung und in Gefängnissen verbringen. Eine politische Rehabilitation erfolgte bis heute nicht. Sein Lebensschicksal belegt, wie der Nachkriegsstalinismus in Albanien wirkte. Die heutigen Machthaber Albaniens negieren Tashko, verteuflern ihn als Kommunisten.

Leben und Wirken von Koco Tashko wurden bislang von der Historiografie dieses Balkanlandes nicht untersucht, sie gehören gleichsam zu den »dunklen« Feldern der dortigen aktuellen Geschichtsschreibung. Erwin Lewin gebührt nun das bleibende Verdienst, Leben und Wirken dieses Intellektuellen, Revolutionärs und Kommunisten dem Vergessen entrissen zu haben. Gestützt auf bislang unbekannte Quellen legt er zum ersten Mal eine Biografie über Koco Tashko vor. Die ihm zugänglichen schriftlichen Zeugnisse ermöglichten es dem Au-

tor nicht nur herauszufiltern, wie der sozialen engagierte und empfindsame, hohe Ansprüche an sich stellende Intellektuelle Koshko aus den Zwängen seiner Zeit auszubrechen vermochte, sondern darüber hinaus auch, was seine Gründe für den Aufbruch waren. Insgesamt stellt Lewins Biografie einen wichtigen Beitrag zum Verstehen der Geschichte dieses kleinen Balkanlandes im 20. Jahrhundert und ein wertvoller Mosaikstein für eine objektive Zeitgeschichtsschreibung in Albanien für jenen historischen Zeitraum dar. Lewin weist überzeugend nach, dass Tashko an den Widerspruch zwischen der Treue zur Bewegung, die auch die Treue zu seiner eigenen Biografie einschloss, und der Parteidisziplin, die spätestens mit dem 1956 stattgefundenen 20. Parteitag der KPdSU unvereinbar mit den sich ihm stellenden Fragen und der Überzeugung des kritischen Intellektuellen und Partei- und Staatsfunktionärs.

Diese Einschätzungen bringen auch die bisherigen Besprechungen übereinstimmend zum Ausdruck. Gewürdigt wird, dass es aufwendiger Recherchen bedurfte – die Quellenlage war teilweise recht schwierig –, um den Lebensweg Tashkos in all seinen Höhe und Tiefen, seinen Leistungen, Brüchen, Widersprüchlichkeiten und Schwächen vor dem Hintergrund der albanischen Geschichte und der internationalen Politik in den ersten beiden Dritteln des vorigen Jahrhunderts nachzuzeichnen, Tashkos Lebensgeschichte also nicht als Helden-geschichte darzubieten. Die biografische Abhandlung spiegelt überzeugend die Entwicklung Koco Tashkos vom linken Patrioten zum unbeugsamen und mutigen Kommunisten wider, der aufgrund seiner Unbestechlichkeit, seiner Offenheit, seines Eintretens gegen Privilegien und seines Bemühens um Sachlichkeit bei der Auseinandersetzung um eine gesellschaftliche Alternative zum Opfer des Stalinismus wurde. Prononciert wird in diesem Zusammenhang auch angemerkt, dass Lewin sehr verdeutlichte, dass Tashko sich im Unterschied zu manch anderen repressierten Funktionären der kommunistischen Bewegung nicht gebeugt sondern – weit entfernt von erzwungener Selbstkritik – unbeirrbar seine

kritische Meinung vertreten habe, sogar um den Preis des eigenen Lebens. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass Lewin es in seiner Biografie als die Tragik Tashkos ansah, »das er die Hintergründe der stalinistisch deformierten Gesellschaft sowie des brutalen Vorgehens gegen viele Menschen im eigenen Land zu spät thematisierte und mit seiner Ehrlichkeit und Uneigennützigkeit die eigene Verbannung und den Tod provozierte« (S. 147)., So wird in der hier zu besprechenden biografischen Arbeit eindrucksvoll sichtbar, welche Tragödie der Stalinismus für die Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung und internationalen Arbeiterbewegung ist. Eingeschätzt wird auch, dass der Autor auch Einsichten in die anders als in den westeuropäischen Industrieländern gelagerten Klassenverhältnisse und sozialpolitischen Zustände, die in einem Land ohne demokratische Traditionen auf den Parteibildungsprozess einwirkten, vermittelt habe, es aber in diesem Kontext wünschenswert gewesen wäre, stärker hervorzuheben, dass die albanischen Kommunisten unter einer überwiegend muslimischen Bevölkerung wirken mussten.

Erwähnenswert noch der aussagekräftige umfangreiche dokumentarische Anhang des Buches, (mit Selbstzeugnissen des Protagonisten, mit Bilddokumenten, über ihn, Faksimiles von seinen Lebensläufen und von ihm ausgefüllten Lebensläufen und Briefen. Abschließend möchte ich Günter Bensors Resümee in seiner Rezension zu Lewins Biografie zustimmen:

»Wenngleich angesichts der Quellenlage beziehungsweise der Zugänglichkeit zu existierenden Quellen manches offenbleiben musste, mehr als eine »Biografische Annäherung« ist diese Publikation allemal.«

(Mitteilungen. Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V., Nr. 51, März 2017, S. 57)

Prof. Dr. Ewin Lewin

Dr. Rainer Holze

Dresden stellt sich wieder quer!

Im Februar 2010 war es erstmals gelungen, Europas größten Naziaufmarsch in Dresden durch Massenblockaden zu verhindern. Diese Blockaden waren keine spontane Zufallsaktion, sondern wurden langfristig öffentlich angekündigt und dann auch entschlossen von mehr als 12.000 Menschen durchgesetzt.

Ich fahre seit Jahren mit meiner Familie zu den Gegenaktionen nach Dresden, das ist ein fester Termin im Jahreskalender, gewissermaßen ein Muß, ein »Pflichttermin«. 2009 gelang es meiner Frau und mir, direkt an die Naziroute heranzukommen, wo meine Frau dann vom Straßenrand die Losungen auf den Transpis der Nazis fotografierte, bis sie von deren Ordnern tätlich angegriffen wurde – weit und breit war kein Polizist zu sehen, der uns zu Hilfe kommen konnte, denn die Polizei hatte damit zu tun, die Gegendemos auszubremsen. 2010 sah das anders aus, da saß ich mit einem unserer Söhne bei klirrender Kälte 7 Stunden auf der Hansastraße dicht vor dem Anetreteort der Nazis am Neustädter Bahnhof, bis die dort konzentrierte Polizei die Einkesselung der 6.000 frustrierten Nazis beenden konnte, weil deren Anmeldezeit vorbei war und sie keinen Meter hatten laufen können, da alle Straßen, Brücken und Plätze ringsum besetzt waren.

Für den Februar 2011 haben die Nazis nun mehrere Veranstaltungen an zwei Wochenenden angekündigt – am 13. und am 19. Februar. Egal, zu welchen Tricks sie auch greifen, um ihre Niederlage vom letzten Februar wettzumachen, wir werden nicht hinnehmen, daß die Nazis aufs Neue die Geschichte verdrehen und die Opfer des Nationalsozialismus, die deutsche Schuld am Vernichtungskrieg leugnen und relativieren. Mit Aktionen des zivilen Ungehorsams soll der sogenannte Trauermarsch der Nazihorden erneut blockiert werden.

Die Dresdener Nazi-Aufmärsche zählen zu den perfidesten in Deutschland, wird doch dabei das Gedenken an die Opfer der Bombennächte vom Februar 1945 schamlos instrumentalisiert für einen verlogenen Opferkult. Wo auch immer sich die rechtspopulistischen Geschichtsrevisoren diesmal versammeln, wir müssen sie zum Aufgeben zwingen. Das schaffen keine Menschenketten, das geht nur mit Massenblockaden, wobei man das eine nicht gegen das andere ausspielen sollte.

Symbolischer Protest allein reicht jedenfalls nicht. Gegen die von rechts inszenierte »Trauer« hilft nur flexibler Widerstand auf breitester Basis.

Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs vom Bündnis »Dresden nazifrei« mit dem Motto »Wir blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist« gehören aus Berlin u.a. die Antifaschistische Linke, das Antifaschistische Bündnis Südost, das Projekt undogmatische Linke (Avanti), Für eine linke Strömung (Fels), die Linksjugend/Solid, verdi, VVN-BdA. Von Bundes- und Landespolitikern der Linken zählen zu den 100 Erstunterzeichnern Christine Buchholz, Katja Kipping, Petra Pau, Sabine Zimmermann, Bodo Ramelow, Klaus Ernst, Rico Gebhardt.

Dem Beschluß des Rostocker Parteitags und des Parteivorstands vom 30. Oktober 2010 folgend, hatte der Landesparteitag am 28. November 2010 einstimmig einen Beschluß gefaßt, der die Überschrift trug »Nazi-Aufmarsch in Dresden mit Berliner Hilfe stoppen!«

Nun geht es um breite Mobilisierung innerhalb und außerhalb der Partei. Die Grundlage antifaschistischer Erfolge sind immer breite spektrenübergreifende Bündnisse.

Der Aufruf stellt klar, daß von den Teilnehmern keine Eskalation ausgehen wird und daß wir mit allen solidarisch sind, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern – bunt, lautstark, kreativ und entschlossen.

Aktuelles ist zu finden unter:
www.dresden-nazifrei.de

Dr. Hans Erxleben (1946–2018), Heft 1/2010
der Mitteilungen der Kommunistischen Plattform

Über Hans Erxleben

Unser letzter Kontakt war ein elektronischer. Hans schickte mir per E-Mail kritische Hinweise zu einer KPF-Erklärung und ich schlug ihm auf dem gleichen Wege vor, wir sollten uns auf dem kommenden Landesparteitag verabreden, um in Ruhe darüber zu reden. Die Meinung von Hans war mir stets sehr wichtig. Hans war

nicht auf dem Parteitag, und auf anderen Berliner Parteiveranstaltungen, bei denen man sich im Regelfalle über den Weg läuft, traf ich ihn ebenso nicht. Auch telefonisch war er nicht zu erreichen. Als ich von seinem Tod erfuhr, wurde mir bewusst, warum wir uns nicht mehr getroffen hatten.

Sein Tod tut mir sehr, sehr weh. Wir kannten uns ewig. Wir waren – an unterschiedlichen Berliner Erweiterten Oberschulen – ehrenamtliche FDJ-Aktivisten und verstanden uns schon damals gut. Dann kam das Abitur und die Kontakte rissen ab. Unterschiedliche Studienorte, verschiedene Tätigkeiten nach dem Staatsexamen, Familiengründungen – jeder ging seinen Weg.

So richtig wiedertroffen haben wir uns in der PDS in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Die Zeit, die vergangen war, spielte kaum eine Rolle, denn: Wir waren uns treu geblieben.

Nicht nur einmal fuhren wir gemeinsam nach Dresden, um die Nazis zu stoppen. Hans schrieb für unsere *Mitteilungen* darüber: »Die Dresdener Nazi-Aufmärsche zählen zu den perfidesten in Deutschland, wird doch dabei das Gedenken an die Opfer der Bombennächte vom Februar 1945 schamlos instrumentalisiert für einen verlogenen Opferkult. Wo auch immer sich die rechtspopulis-

tischen Geschichtsrevisionisten diesmal versammeln, wir müssen sie zum Aufgeben zwingen. Das schaffen keine Menschenketten, das geht nur mit Massenblockaden, wobei man das eine nicht gegen das andere ausspielen sollte. Symbolischer Protest allein reicht jedenfalls nicht. Gegen die von rechts inszenierte ›Trauer‹ hilft nur flexibler Widerstand auf breitester Basis.«

Das ist das Antifa-Verständnis von Hans pur. Prinzipiell in der Position und gleichzeitig bündnisfähig. Nicht jeder kann das.

Irgendwie waren wir seelenverwandt. Das hatte sicher auch mit unserem gemeinsamen Glück zu tun, antifaschistische Widerstandskämpfer als Eltern gehabt zu haben. So wie Hans' Vater überlebte auch meiner die Hölle des KZ Mauthausen.

»Nazi-Hass ist mein Ansporn«, bekundete Hans offen. Und die Nazis hassten ihn. Hans und dessen Familie waren in deren Visier. Es war ein Schreck, über die Medien von dem Anschlag zu erfahren, der der Familie Erleben galt. Er hat sich nicht einschüchtern lassen. Nun hat die Krankheit ihn besiegt. Er fehlt. Aber er bleibt auch.

Ellen Brombacher

30 Jahre Antifa in Ostdeutschland.

Ein Sammelband

Der hier vorliegende Band enthält wichtige Beiträge zu einem bisher unerforschten und nahezu unbekanntem Teilgebiet der Geschichte sozialer Bewegungen. In insgesamt elf Beiträgen wird über selbstorganisierten Antifaschismus von circa 1987 bis 2016 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR beziehungsweise der fünf neuen Bundesländer berichtet.

Einleitend werden der Staatsantifaschismus und die tabuisierte Existenz von Neonazis in der DDR dargestellt. Danach folgen Studien, die entweder einzelne Städte (wie Guben, Potsdam oder Ost-Berlin), verschiedene politische Standpunkte (»Antideutsche«) oder allgemeiner die Dimensionen der antifaschistischen Praxis und Organisation in den 1990er und 2000er Jahren reflektieren. Diese geriet ab dem Antifa-Sommer 2001 ins neu entstandene Kräftedreieck von Zivilgesellschaft, Staat und antifaschistischer Bewegung. Immer wieder wird die immense Bedeutung alternativer Orte, seien es Bürgerbüros, besetzte Häuser, kirchliche Einrichtungen oder (unabhängige) Jugendzentren, gerade in kleineren Städten, deutlich.

Formal wechseln sich eher akademische Artikel mit solchen ab, die aus biographischen Interviews mit ZeitzeugInnen, also an den Auseinandersetzungen und Organisationsprozessen Beteiligten, stammen. Gerade die zitierten Interviewpassagen dokumentieren, wie antifaschistische Aktivität oftmals erst als Reaktion auf Nazi-Angriffe entsteht. Die Widersprüche werden aber auch deutlich. So werden besetzte Häuser (in Potsdam sind

es zeitweise fast 80) schnell zum Ziel von Nazi-Attacken. Die Freiräume werden in Reaktion auf die Angriffe – zum Schutz – in »Käfige« (S. 55) umgebaut. Die Überheblichkeit der »West-Antifa«, die mit einer Defizitperspektive auf die Ost-Antifa schaut, und zumindest in den 1990er dementsprechend agiert, wird in mehreren Beiträgen ausführlich dokumentiert – und zurecht kritisiert.

Zum Schluss finden sich zwei fundierte Artikel über feministische Antifa-Politik beziehungsweise Frauen in der Antifa einerseits und einer über das nicht immer konfliktfreie Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und radikaleren Antifa-Strömungen im Leipzig der letzten Jahre andererseits.

Der Band bietet viele Perspektiven auf ein wichtiges, wenn auch tendenziell tristes Thema; zeigen die Beiträge doch die Existenz eines verfestigten nazistischen Milieus in weiten Teilen der Gesellschaft. Das preiswerte Buch zeigt aber auch die Kraft selbstorganisierter Initiativen. Initiativen die, wenn sie etwas Kontinuität entwickeln können, auch Wirkungsmacht haben.

Christin Jänicke/Benjamin Paul-Siewert (Hrsg.): 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung; Münster 2017

Bernd Hüttner,

Referent für Zeitgeschichte und Geschichtspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung

An alle Engagierten und Interessierten:

Werdet Mitglied der Bundes-Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus der Partei DIE LINKE!

In vielen Orten werden regelmäßig Demos gegen Neonazis organisiert, findet aktive Flüchtlingshilfe statt, gibt es Bürgerbündnisse gegen Rassismus, engagieren sich Mitglieder der LINKEN in Initiativen gegen Rechts, und vieles mehr. Die BAG Antifaschismus sieht es als ihre Aufgabe, den Austausch über die vielen Erfahrungen, die wir im alltäglichen antifaschistischen Kampf vor Ort machen, zu fördern und

dabei Schnittstelle, Netzwerk und Multiplikator zu sein. Der gemeinsame Erfahrungsaustausch und Wissensaustausch ist wichtig, zur Entwicklung gemeinsamer Strategien gegen rechts, und um zu spüren, dass man nicht allein gegen Windmühlen kämpft. Wer Mitglied werden möchte, ist gern bei uns willkommen. Einfach Eintrittsformular ausfüllen und abschicken, an die unten angegebene Adresse.

BAG Antifaschismus Eintrittserklärung

Name

Vorname

Geburtsdatum

Landesverband

Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss
BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE.

Ich erkläre hiermit meinen Eintritt in die LAG

(Hier ggf. Namen der jeweiligen Landes-AG eintragen)

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE. (Wenn zutreffend bitte ankreuzen.)

Anschrift

E-Mail

Datum/Unterschrift

Ausgefüllte Erklärung an:

BAG Antifaschismus
Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28,
10178, Berlin
oder per Fax: 030 2411046